

# sek·feps

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund  
Fédération des Eglises protestantes de Suisse  
Federazione delle Chiese evangeliche della Svizzera  
Federaziun da las Baselgias evangelicas da la Svizra  
Federation of Swiss Protestant Churches

2001 d



## Jahresbericht 2001

---

# LOSUNGSWORT 2002

Ja, Gott ist meine Rettung;  
ihm will ich vertrauen und niemals verzagen.

(Jesaja 12.2)

Jahresbericht des Rates an die Abgeordnetenversammlung

Konzept und Redaktion: Andreas Stauffer

Grafik/Layout: Andreas Stauffer, Daniela Ambühl

Fotos: Keystone  
Reformierte Presse  
Andreas Stauffer  
Alain-Didier Clerc

Frontispitz: «Schlussakt Ökumenische Konsultation, Heiliggeist-  
kirche in Bern»

# INHALTSVERZEICHNIS



- 5 **Rat & Präsidium**
- 25 Chronologie
  
- 31 **Geschäftsleitung**
  
- 35 **Kommunikation**
- Abteilungen**
- 39 Kirche und Ökumene
- 51 Kirche und Gesellschaft
- 61 Zentrale Dienste

- 64 **Jahresrechnung**

- Anhang**

- 65 Überwiesene Vorstösse
- 66 SEK - Stellungnahmen
- 68 Organigramm SEK
- 69 Gliederung Geschäftsstelle
- 70 Publikationen
- 72 Statistik
- 73 Institutionen und Dienste
- 75 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Sitz des SEK in Bern

---

**Foto Seite 5**

(von links nach rechts):

Karl Kohli, Raymond de Rham, Ruedi Heinzer,  
Monika Waller-Koch, Thomas Wipf, Irène Reday,  
David Weiss, Paul Schneider

oben links:  
Barbla Buchli



Der Rat anlässlich der Abgeordnetenversammlung im Sommer in Montmirail

### **Ist die Welt eine andere geworden?**

In der öffentlichen Rückblende ist das Jahr 2001 geprägt durch verschiedene schreckliche Ereignisse, die die Menschen auch in unserem Land erschüttert haben: den Terrorakt vom 11. September auf die Städte New York und Washington, das Attentat vom 27. September auf die Regierung und den Grossen Rat in Zug sowie den Absturz einer Crossair-Maschine am 24. November bei Bassersdorf und das Unglück im Gotthardtunnel. All diese Ereignisse haben sich einige Monate vor der Eröffnung der EXPO.02 zugetragen, in der zur kritischen Selbstreflexion und zum breiten Dialog über eine zukunftsfähige und offene Schweiz

eingeladen wird. Viele Menschen stellen sich nun die Frage: Hat sich die Welt verändert? Wie sollen wir mit diesen Erfahrungen umgehen? Wie die Kirchenleitungen der Mitgliedkirchen, so hat sich auch der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) mit diesen Fragen befassen müssen.

Der Rat hat stellvertretend für die Mitgliedkirchen des SEK sein Mitempfinden zum Ausdruck gebracht: Gegenüber den Partnerkirchen in den USA und gegenüber der Bevölkerung, den Kirchen und der Regierung im Kanton Zug. Am 12. September luden die drei Landeskirchen zu einem Gottesdienst

der Anteilnahme und des Mitgefühls ins Berner Münster ein, so wie viele Mitgliedkirchen dies an ihrem Ort ebenfalls getan haben. An dem Trauergottesdienst in Zug wirkten Mitglieder des Rates mit.

### **Grundlegendes Gefühl der Verwundbarkeit**

Der Rat des SEK nimmt zu Beginn des vorliegenden Jahresberichts ein Wort auf, das der Generalsekretär der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), Dr. Keith Clements, am 14. November 2001 an die Versammlung des National Council of Churches of Christ in Oakland USA gerichtet hat:

*«In Europa und Amerika kennen wir nun wie nie zuvor, was viele Menschen überall in der Welt schon lange kennen: ein grundlegendes Gefühl der Verwundbarkeit. Vielleicht lehrt uns Gott, dass eine gemeinsam getragene Verletzlichkeit wichtiger ist, als privilegierte Sicherheit. Wir haben nun danach zu fragen, worin unsere gemeinsame Verantwortung als Gemeinschaft der Glaubenden besteht.»<sup>1</sup>*

Gerade als Kirchen müssen wir vielleicht gegen andere Stimmen in Erinnerung rufen: Die Welt hat sich seit September 2001 nicht verändert. Sie ist, mit ihren dunklen Seiten, nur wieder in unser Bewusstsein gerückt und hat uns unsanft herausgerissen aus

der vermeintlich friedlich-sicheren Existenz. Der weitaus grössere Teil der Menschheit ist fast täglich mit den Erfahrungen der Unsicherheit und der Verletzlichkeit konfrontiert.

«Verletzlichkeit teilen» hat im christologischen Sinn eine geistlich-spirituelle und eine sozialetisch-diakonische Dimension, «Verletzlichkeit teilen» ist Ausdruck des Solidaritäts- und Gemeinschaftsverständnisses der christlichen Kirche.

### **Die Gottesfrage stellen**

Wie sollen wir mit der *Grenzerfahrung der Absurdität*<sup>2</sup> umgehen? In unzähligen Aufsätzen, Kommentaren und Leserbriefen wurde in den schweizerischen Medien Verarbeitung versucht und fast einhellig zum gemeinsamen Tragen der Lasten und zur Gemeinschaft aufgerufen. Ohne die Möglichkeit des Transzendenzbezugs, d.h. den Schrecken der Ereignisse als Klage an Gott zu formulieren, und ohne die letzte Gewissheit des Glaubens um das Aufgehobensein des Lebens, der Welt und ihrer Geschichte in Gott, wirken die Solidaritätsbekundungen und die Aufrufe zum Friedensengagement unvollständig. Von einigen Medienschaffenden ist den Kirchen vorgeworfen worden, sie hätten nur Gottesdienste anzubieten gehabt in den Momenten des Schre-

ckens und der Trauer. Der Rat des SEK ist aber davon überzeugt, dass gerade dieses Angebot der christlichen Kirchen auch in Zukunft entscheidend sein wird. Die Kirche verfügt über eine jahrhundertealte liturgische Tradition, wo Gefühle vor Gott Raum haben und der *Grenzerfahrung der Absurdität* Sprache verliehen werden kann. Der Gottesdienst ist das Bekenntnis der Kirche, dass die Welt und der Mensch auch in den dunkelsten Momenten der Geschichte in untrennbarer Beziehung zu Gott stehen. Dieser Gott ist keine anonyme Macht, sondern benennbar und ansprechbar als der Gott, «der mir Retter ist» (Jes. 12,2, Losungswort 2002). In einer zunehmend individualisierten und säkularisierten Gesellschaft kann dieses Bekenntnis der Kirchen heilend und gemeinschaftsbildend wirken. Wie wichtig gerade dieses Element ist, hat sich unmittelbar nach den schrecklichen Ereignissen gezeigt. Tausende von Menschen haben im vergangenen Jahr die vorwiegend ökumenischen, oft auch interreligiösen Gottesdienste des Gedenkens und der Anteilnahme besucht.

### **Sünde, Schuld, Vergebung und Versöhnung**

Die Auseinandersetzung darüber, ob anlässlich des Trauergottesdienstes in

Zug die 15. Kerze für den Attentäter angezündet werden sollte, zeigt auch, wie schwierig der Umgang mit Schuld, sei sie individuell oder kollektiv, geworden ist. Auch hier können die Kirchen ihr altes Wissen um die Zusammenhänge von Sünde und Schuld sowie die Hoffnung auf Versöhnung wieder in Erinnerung rufen, Menschen in ihrem Fragen begleiten und so einen Beitrag zu echter Zukunftshoffnung und neuer Gemeinschaftsbildung leisten. Jürgen Habermas rief den Kirchen diesen Auftrag indirekt in Erinnerung, als er an der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 2001 sagte: *«Als aus Sünde Schuld wurde, ging etwas verloren. Die preisgegebene Hoffnung auf Auferstehung hinterlässt ein wahrnehmbares Vakuum.»*<sup>3</sup>

Die reformatorische Perspektive der christlichen Botschaft, nämlich die Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben und allein aus Gnade, kann in unserer Zeit wieder besondere Aktualität gewinnen und für die Gestaltung der Zukunft hilfreich sein. Diese Botschaft für die Menschen in einer säkularen Welt verständlich zu übersetzen und zu vermitteln, wird weiterhin eine der Kernaufgaben unserer Kirchen sein.



Der SEK pflanzt in Montmirail einen Baum

### Die sozialetisch-diakonische Dimension

«Worin besteht unsere gemeinsame Aufgabe als Gemeinschaft der Glaubenden?» Diese Frage war ein Anstoss für die Durchführung der ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz, die in diesem Jahr abgeschlossen werden konnte. *«Wir bekräftigen eine jenseits des menschlich Machbaren begründete Hoffnung und ermuntern zu einer gemeinsam verantworteten Freiheit»*<sup>4</sup>: Mit diesen Worten überreichten die Vertreter des Rates des SEK und der Schweizer Bischofskonferenz anlässlich des Schlussakts dem Bundespräsidenten und Vertretern der

schweizerischen Öffentlichkeit das Wort der Kirchen. Dem Wort der Kirchen steht die These zu Grunde, dass wir uns *«gleichsam im Übergang von einer statischen Sicherheit zur Suche nach einer dynamischen Sicherheit befinden, die weniger auf feste Ansprüche und Leistungen setzt als auf die Gewissheit, dass alle Akteure dieselben Grundwerte beachten.»*<sup>5</sup>

Bundespräsident Moritz Leuenberger wies in seiner Antwort darauf hin, dass sich bei der Diskussion um ethische und moralische Fragen, *«die Augen hilfeschend auf die Kirche richten ... und was die Kirche denkt, muss sie dem Kaiser geben.»*<sup>6</sup> Reformierte Kirche ist Kirche in der Gesellschaft: diese These ist bereits im letzten Jahresbericht zu finden. Der Rat des SEK will auf nationaler Ebene seinen Teil dazu leisten. In einigen gesellschaftspolitisch aktuellen Fragestellungen hat der Kirchenbund deshalb auch dieses Jahr Beiträge verfasst, Tagungen organisiert oder Stellungnahmen abgegeben: Zur Frage der Regularisierung der ohne legalen Aufenthaltsstatus in unserem Land lebenden Menschen, zur Familienpolitik, zur Revision des Asylgesetzes, zur Fristenregelung, zur Sterbehilfe und zur Frage des UNO-Beitritts.



### Das Gute globalisieren

*«Staatsmänner, Politikerinnen und andere öffentliche Personen können ihre Verantwortung für Frieden, Wohlstand und Wahrung der Menschenrechte nicht erfüllen, wenn sie sich von den spirituellen Wurzeln der Kultur, die sie vertreten, entfremden.»<sup>7</sup>*

Diese Feststellung verband der Präsident der tschechischen Republik, Václav Havel, mit einem Aufruf an die zu einer Tagung versammelten Vertreter der Religionsgemeinschaften, sich für die Globalisierung des Guten einzusetzen:

*«Wir glauben, dass spirituelle Inspiration und moralische Stärke für eine solche Verbindung aus dem Herzen der Welt-Religionen kommen muss. Ihre Arbeit ist darum von enormer und einmaliger Bedeutung ... Bitte fahren Sie fort mit Ihren Anstrengungen für die Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und den Dialog der Weltreligionen – ebenso wie den Dialog zwischen religiösen Autoritäten und den Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.»<sup>8</sup>*

Zu dieser geforderten Globalisierung des Guten zählt auch die seit Jahrzehnten bestehende seriöse und kontinuierliche Arbeit unserer Werke und Missionen. Von Seiten des SEK kann in diesem Jahr vor allem auf die Delegationsreise in Südafrika hingewiesen

werden, die mit der parallel verlaufenden Reise der Schweizer Bischofskonferenz auch einen wichtigen ökumenischen Verständigungsaspekt aufwies. Anlässlich der südafrikanisch-schweizerischen Begegnung wurde das, was mit «Bemühungen um ein tieferes gegenseitiges Verständnis» und «Verletzlichkeit teilen» gemeint ist, konkret angesprochen.

Wie gehen wir mit dem verletzten Mythos der schweizerischen Rechtfertigung um? Wie können wir die Verletzungen der Menschen in Südafrika teilen und einen Beitrag leisten zum Aufbau einer gerechteren Gesellschaft?

Denn dass die Beziehungen zu Südafrika in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Geheimdienste kein Ruhmesblatt sind, scheint gewiss. So hat die Südafrikadelegation des Kirchenbundes dazu aufgerufen, die Archive aus dieser Zeit offenzulegen. Der Kirchenbund macht dabei vor der eigenen Vergangenheit nicht Halt: Das Forschungsprojekt 42+ des Schweizerischen Nationalfonds wird Einsicht in die Dossiers dieser Zeit erhalten. Die Offenlegung des SEK-Archivs war im Umfeld des Südafrikabesuchs bereits angeregt worden.

## Kirchen als unverzichtbarer Teil der Gesellschaft

Die Schweizerische Bundesverfassung gibt Auskunft über die Frage, in welcher Verfassung und kulturellen Befindlichkeit sich unsere staatliche organisierte Gesellschaft befindet. Die Kirchen und Religionen überhaupt sind darin – entgegen ihrer faktischen Bedeutung – nur am Rande und im abwehrenden Sinn erwähnt. Diese Auffassung entspricht nicht dem Gedanken der Modernität und der zivilgesellschaftlichen Perspektive. Deshalb hat der Rat des SEK in diesem Jahr sein Engagement für die Schaffung eines Religionsartikels in der Schweizerischen Bundesverfassung mit einem Expertenbericht und internen Hearings weitergeführt. Wie könnte ein Verfassungsartikel aussehen, der der Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften mit Blick auf die Zukunft gerecht wird? Welcher Art müssten die Kirche-Staat-Beziehungen auf Bundesebene sein, damit die Religionsgemeinschaften in transparenter Weise ihren spirituellen und sozialetischen Beitrag einbringen können?

**1** «All of us in Europe as well in North America now know as never before what many people elsewhere in the world have known already – a profound sense of vulnerability. Perhaps God is teaching us that a shared vulnerability can be more important than a privileged security. We have now to ask what is our common responsibility as people of faith.»

**2** Andreas Iten, Wir wandeln auf dem Grat der Absurdität, in: Discours Suisse, Januar/Februar 2002

**3** «Secular ways of speaking that simply eliminate that which was once intended leaves confusion behind. When sin turned into guilt, something was lost. ... The lost hope of resurrection leaves behind a perceptible vacuum.»

**4** Wort der Kirchen, S. 13, Abschnitt 2

**5** Wort der Kirchen, S. 18, Abschnitt 17

**6** Aus der Rede des Bundespräsidenten Moritz Leuenberger anlässlich des Schlussakts der Ökumenischen Konsultation vom 1. September 2001

**7** Václav Havel, Message to the Representatives of World Religions in Prague, 16. Oktober 2001: «Statesmen, politicians and other public figures cannot completely fulfill their responsibility for maintenance of peace, prosperity and respect for human rights in their countries if they drift away from spiritual roots of their cultures, which they represent.»

**8** «We believe that the spiritual inspiration and the moral strength for such an alliance should spring from the heart of the world's religions. Your work is therefore of enormous and unique importance. ... Please continue in all your efforts towards deeper mutual understanding and dialogue among world religions, as well as towards a dialogue between spiritual authorities and those who shape our world in the areas of politics, economics and science.»



**Die Ziele im Visier:** An der Sommer-Abgeordnetenversammlung in Montmirail

### Ziele und Strategien des Rates/Organisation 2001

Im Sommer 2000 legte der Rat der Abgeordnetenversammlung (AV) die Legislaturleitlinien vor. Anschliessend und darauf aufbauend erarbeitete er seine Ziele und Strategien. Wo soll der SEK Ende der Legislatur stehen und welche Wege führen dorthin?

In einem ersten Schritt wurde die Vision entfaltet:

«Das Bewusstsein ist entstanden, zu EINER evangelischen Kirche zu gehören.

Um deren Ausstrahlungskraft zu stärken, haben sich die Mitgliedkirchen

verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit gegeben.

Geprägt von der christlichen Hoffnung ist der Kirchenbund ein starker, verlässlicher Partner der Gesellschaft und der anderen Kirchen.»

Diese Vision hat eine ganz klare Ausrichtung zur inneren Festigung des Kirchenbundes. Die Erfahrungen im SEK zeigen zwei unterschiedliche Kräfte am Werk. Einerseits wird der SEK von aussen, seien das die Bundesbehörden oder das Ausland, als die «protestantische Kirche Schweiz»



Der Rat an der Herbst-Abgeordnetenversammlung in Bern

gesehen, andererseits betonen nach innen die Mitgliedkirchen ihre Selbständigkeit. Es werden neue föderalistische Strukturen aufgebaut. Man denke an die Neuorganisation der Kirchen in der Zentralschweiz oder an der Conférence des Eglises protestantes de la Suisse romande (CER) und die regionale Zusammenarbeit einzelner Kantonalkirchen.

Diese Überlegungen führten dazu, dass in **einem ersten Ziel** die Beziehungen zu den Mitgliedkirchen gesehen werden. Wachsendes Gemeinschaftsbewusstsein, verbindlich organisierte Zusammenarbeit und glaubwürdige Verkündigung des evangeli-

schen Verständnisses vom christlichen Glauben sind die gesetzten Ziele. Ausgebaute Kontakte, professionelle Kommunikation und die Förderung des Dialogs über Themen, die für die Arbeit der Kirchen wichtig sind, sollen dorthin führen.

In **einem zweiten Ziel** nimmt der SEK für seine Mitgliedkirchen und Werke die Beziehungen zu anderen Kirchen reformatorischer Tradition wahr: Zu den internationalen Kirchengemeinschaften wie zu den Freikirchen. Mit diesen setzt er sich für ein gemeinsames Zeugnis des Protestantismus im In- und Ausland ein.

**Als drittes Ziel** will der Rat durch den ökumenischen Dialog und auch durch das Gespräch mit dem Judentum und weiteren Religionsgemeinschaften gegenseitiges Verständnis schaffen. Das christliche Zeugnis soll erkannt und ein friedliches Zusammenleben der Religionen ermöglicht werden.

**Das vierte Ziel** ist die aktive Mitgestaltung des Zusammenhaltes und der Entwicklung der Gesellschaft auf der Grundlage evangelischer Werte. Dazu gehört neben der Bearbeitung von Themen auch die Beziehungspflege zu Politik und Wirtschaft, im besonderen zu den Bundesbehörden.

Die Umsetzung der Strategien rief nach einer organisatorischen Anpassung in der Geschäftsstelle. Diese arbeitete bisher weitgehend mit Einzelstellen, denen bestimmte Themen zugeordnet waren. Die Reorganisation 1999 hatte diese dann in Abteilungen zusammengefasst, die aber immer noch thematisch bestimmt waren. Die «Organisation 2001» schuf nun zwei Abteilungen zur Beziehungspflege (Innen-, bzw. Aussenbeziehungen) und einen Bereich Studien, in dem in Zukunft die Themen der Sozialethik und der Theologie zusammengefasst werden. Unterstützt werden diese

Abteilungen durch die Zentralen Dienste und die Stabsstelle Kommunikation. Mit den Zielen und Strategien und der Organisation 2001 hat der Rat die Voraussetzungen für zukunftsorientiertes Handeln des Kirchenbundes geschaffen. Er hat damit die Instrumente in der Hand, die vorhandenen Mittel zielgerichtet einzusetzen und an der Erfüllung seiner Vision zu arbeiten.

#### **Das Projekt «AVEK.ch/avec.ch»**

Die Abgeordnetenversammlung (AV) des SEK überwies dem Rat im Herbst 2000 die Motion Pestalozzi betreffend «Hilfswerke, Missionen und Aussenbeziehungen SEK»:

«Der Rat wird beauftragt, der Abgeordnetenversammlung Anträge (mit Folgekosten) zu folgenden Anliegen zu stellen:

1. Der SEK übernimmt kirchenseitig die verbindliche Partnerschaft zum neuen Missionswerk.
2. Die grundsätzlichen Belange zwischen den Kirchen und den Hilfswerken und Missionen werden vom SEK wahrgenommen. Die Abgeordnetenversammlung des SEK ist der einzige Ort der gemeinsamen Willensbildung der Mitgliedkirchen in diesem Bereich.»



Die AVEK.ch Projektgruppe

Der Rat setzte zur Vorbereitung der Antwort an die Abgeordnetenversammlung eine Projektgruppe ein mit dem Mandat: «Die Projektgruppe erstellt Modelle einer verbindlichen Partnerschaft zwischen dem SEK und den Hilfswerken und Missionen». Nach gründlichem Studium ihres Auftrages hat sich die Projektgruppe den Namen gegeben:

**A** npassung der  
**V** erantwortungs- und  
**E** ntscheidungsebenen im  
**K** irchenbund

**a** lléger les structures,  
**v** aloriser les compétences,  
**e** tablir des liens pour  
**c** oopérer.

Der Name ist Programm. Ein neues Miteinander von Kirchen, Hilfswerken und Missionen wird gesucht. Das Zusammenleben der Glaubenden am Ort, der diakonische Dienst an allen Menschen und die weltweite Verkündigung des Evangeliums bilden eine Einheit. Miteinander sind sie Kirche. Die Ausgangslage präsentierte sich der Projektgruppe folgendermassen: Die Hilfswerke wurden vor einigen Jahren aus steuertechnischen Gründen juristisch verselbständigt. Die Zu-

sammenarbeit der Kirchen mit den Missionen in der Kern (Kooperation evangelischer Kirchen und Missionen) ist auseinander gebrochen, das neue Missionswerk hat sich ohne die Kirchen konstituiert. Der seit zehn Jahren währende EHM-Prozess (Evangelische Hilfswerke und Missionen) ist an Grenzen gestossen.

Die Projektgruppe analysierte als erstes die Situation und wandte sich dann den beteiligten Gruppen zu: Der Kontakt zu den Stakeholdern wurde gesucht und deren Interessen aufgelistet. Daraufhin entwarf die Gruppe drei Modelle, mit deren Hilfe die anstehenden Fragestellungen gelöst werden könnten. Sie stiess dabei auf das fundamentale Problem protestantischer Kirchen: Wie kann mit möglichst viel Mitspracherecht der Betroffenen auf allen Stufen ein Werk effizient und professionell geleitet werden?

Unter Beizug eines Merkmal- und eines Kriterienkataloges wurden die drei Modelle beurteilt und dasjenige mit den meisten Vorteilen anschliessend ergänzt und optimiert.

Die Projektgruppe wird dem Rat im Februar 2002 ihre Lösung vorschlagen, so dass die Sommer-AV 2002 über allfällige Strukturänderungen befinden kann. Erfreulich an der Arbeit der Projektgruppe war, dass alle be-

teiligten Werke auf strategischer Ebene ihre Arbeit unterstützten und auf eine Lösung hoffen, die die breite Meinungsbildung und klare Entscheidungsfindung miteinander vereinigt.

### **SOMMER-AV IN MONTMIRAIL**

Auf Einladung der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Neuenburg fanden sich die Delegierten vom 17.–19. Juni zur Sommersammlung im Haus der evangelischen Gemeinschaft Don Camillo in Montmirail ein.

Nach dem Rücktritt von Pfarrerin Christine Ballmer-Hofer wählte die Abgeordnetenversammlung in einer Ersatzwahl Irène Reday aus Genf als neues Mitglied in den Rat des SEK. Der Rat setzt sich wieder aus neun Mitgliedern zusammen, drei Frauen und sechs Männern, drei Mitgliedern aus der französischsprachigen, fünf Mitgliedern aus der deutschen Schweiz und einem Mitglied aus dem romanischsprachigen Teil unseres Landes.

Neben der Diskussion zum Jahresbericht 2000 und dem Zwischenbericht zur Motion «Hilfswerke, Missionen und Aussenbeziehungen» sind zwei weitere Traktanden hervorzuheben:



**Sommer-AV:** Thomas Wipf, Botschafterin Nozipho January-Bardill und Ehepaar Ndungane

### **1. Motion Ulrich Frei und Mitunterzeichnete**

betreffend Religionsartikel in der Bundesverfassung: Die als Postulat überwiesene Motion verlangt, dass der Rat die Möglichkeit der Lancierung einer Volksinitiative für einen Religionsartikel in der schweizerischen Bundesverfassung prüfen soll.

Der Rat deutet die Überweisung als Unterstützung seiner bisherigen Bemühungen, nach der ersatzlosen Streichung des sogenannten Bistumsartikels zukunftsfähige Vorschläge für die Gestaltung des Verhältnisses Kirche und Staat auf Bundesebene vorzulegen.

### **2. Zwischenbericht zum Postulat Freiwilligenarbeit**

Aus Anlass des UNO-Jahres 2001 der Freiwilligen hielt Anja Bremi-Forrer ein Referat zum Thema «Freiwilligenarbeit heute und in Zukunft».

Sie wies anhand der demografischen Entwicklung vor allem auf das Potential der 3. Generation für freiwillige und gemeinnützige Arbeit hin und ging auf Kriterien für die Qualifizierung und Anerkennung der Freiwilligenarbeit ein.



### **Gastreferat des anglikanischen Erzbischofs Njongonkulu Ndungane aus Südafrika**

Die Abgeordnetenversammlung begrüßte die südafrikanische Botschafterin in der Schweiz, Nozipho January-Bardill, sowie als Gastreferenten den anglikanischen Erzbischof Njongonkulu Ndungane, der eine offizielle Einladung des südafrikanischen Kirchenrates an den SEK zu einem Besuch in Südafrika aussprach. In seiner Ansprache hob Ndungane die Bedeutung der Entschuldungskampagne «Jubilee 2000» für Südafrika hervor.

### **HERBST-AV IN BERN**

An der Herbst-Abgeordnetenversammlung wurden in einer Ergänzungswahl für den Rest der Amtsperiode in die GPK gewählt: Silvia Pfeiffer (SH) als Präsidentin, Urs Zimmermann (AG) als Mitglied.

Die Delegierten folgten dem Antrag des Rates, für die Amtsperiode 2003 bis 2006 die Anzahl der Mitglieder des Rates des SEK weiterhin auf neun zu belassen.

Die Delegierten hatten über die Überweisung zweier Vorstösse zu beraten: Eine Motion der Delegation Bern-Jura, die die Kollektivmitgliedschaft beim Verein Pro Familia verlangte und eine Motion (Daniel de Roche und

Mitunterzeichnete), die den Rat beauftragte, seine Haltung zur Frage der papierlosen Aufenthalter, sowie der Ausschaffungspraxis darzulegen. Er solle sich zusammen mit der Schweizer Bischofskonferenz für menschlich vertretbare gesetzliche Lösungen in der Ausländerfrage einsetzen. Die Motion zum Thema Sans-Papiers wurde mit grossem Mehr überwiesen. Gleichzeitig konnte der Rat sein Positionspapier zur Thematik, das durch die Fachstelle Migration der Kirchen Bern-Jura im Auftrag erstellt worden war, vorstellen. Der Rat spricht sich im Sinne einer Diskussionsgrundlage dafür aus, dass nach Lösungen gesucht wird, die in Richtung «kollektive Regularisierung nach Gruppen» gehen. Die betroffenen Menschen, die Verbesserung ihrer Situation und ihrer Würde stehen im Zentrum der Bemühungen des Rates.

Schwerpunkt der Versammlung war die Kenntnisnahme des Zwischenberichts von Prof. Roland Campiche über die Studie «Religion et lien social», deren Durchführung die AV des SEK im Jahr 1997 mit einem Sonderkredit von insgesamt CHF 96'000.– unterstützt hatte. Campiche, der mit dem Abschluss der Studie nach 30-jähriger Tätigkeit beim SEK in Pension geht, wird im Laufe des kommenden Jahres die Resultate der Studie veröffentli-



**Freude** über die Fotoausstellung der Südafrika-Reise an der Herbst-Abgeordnetenversammlung

chen. Der Ratspräsident dankte dem Verfasser für das lange und ertragreiche Wirken in verschiedensten Fachbereichen. Campiche war in der Friedensforschung, der Raumplanung, Energiepolitik und schwergewichtig in der Religionssoziologie tätig.

Nach der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung steht seit längerer Zeit die Frage im Raum, wie und mit welchem Instrument der Bereich Bildung im schweizerischen Protestantismus koordiniert wird. Auf der Grundlage der Antwort des Rates zum Postulat Erwachsenenbildung/Weiterbildung beauftragte die Versammlung den Rat, diese Aufgabe im Vorortsprinzip zu lösen, das heisst

mit einer Mitgliedkirche zusammen zu arbeiten. Denselben Beschluss fassten die Delegierten auf Antrag des Rates zu einem Postulat Bern-Jura zur Frage, wie die Thematik von rituellen Handlungen mit Tieren gesamtschweizerisch bearbeitet werden könnte. Die Stellungnahme des Rates zur Fristenregelung wurde von der AV mit grossem Mehr gutgeheissen und der Wortlaut des theologisch-ethischen Gutachtens zur Kenntnis genommen (siehe auch Seite 51).

Im Rahmen der Genehmigung des Vorschlages 2002 wurde beschlossen, die bisherigen Beiträge an die sprachregionalen kirchlichen Mediendienste der deutsch- und französischsprachigen



Herbst-AV: Delegierte an der Arbeit

gen Schweiz (RM und OPCA) durch eine leistungsbezogene Kooperation abzulösen. Zudem stimmte die AV dem Antrag zu, die bisherigen Beiträge der Schweizer Mitgliedkirchen in der Konferenz der Kirchen am Rhein zugunsten der KEK ins Budget des SEK aufzunehmen. Die Versammlung der KEK-Kommission Kirche und Gesellschaft, die im Jahr 2002 in der Schweiz tagen wird, wird mit einem namhaften Beitrag unterstützt.

### **Conférence des Eglises protestantes de la Suisse romande**

Die Mitgliedkirchen der Conférence des Eglises protestantes de la Suisse romande (CER) beschloss im Novem-

ber neue Statuten mit dem Ziel der Konzentration der Kräfte und des vertiefteren Miteinanders. Das ausführende Organ, das Büro der CER, besteht aus einem Synodalrats- oder Kirchenratsmitglied je Mitgliedkirche. Der Rat des SEK ist mit Beobachterstatus und beratender Stimme zu den Generalversammlungen der CER eingeladen und wird mittels Protokoll über die Beschlüsse des Büros informiert. Das kirchliche Verlagswesen, die kirchliche Bildung und das Medienunternehmen der frankophonen Kirchen wird in die CER integriert und unter der Aufsicht des Büros von drei «Conseils» geleitet. Das Budget der CER rechnet im Jahr 2002 mit einem



Roland Campiche zur Studie «Religion et lien social»

Aufwand von CHF 1.8 Mio., der nach Schlüssel von den Mitgliedkirchen garantiert wird.

### **Ökumenische Konsultation**

Mit dem «Wort der Kirchen zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz» fand eines der umfangreichsten ökumenischen Projekte seinen Abschluss. Am 1. September 2001 wurde es in der Heiliggeistkirche in Bern präsentiert. Empfänger waren Bundespräsident Moritz Leuenberger sowie Repräsentanten der Sozialpartner und wichtige zivilgesellschaftliche Kreise.

Die Vorarbeiten reichen ins Jahr 1995 zurück. Die Konsultation wurde for-

mell am 18. Januar 1998 im Rohbau der reformierten Kirche in Cazis eröffnet, als die «Diskussionsgrundlage» an die kirchliche und weitere Öffentlichkeit übergeben wurde. 35'000 Exemplare davon wurden verkauft und anschliessend in zahllosen Gruppen und Kreisen diskutiert. Als Arbeitshilfe für die Gemeinde- und Gruppenarbeit entstanden Anfang 1999 die von einer Gruppe von kirchlichen Fachleuten erarbeiteten «Bausteine». Aus den Diskussionen erfolgten 1000 Stellungnahmen, die bei der Koordinationsstelle der Konsultation eingereicht wurden. Die Eingaben wurden sorgfältig aufgenommen und zunächst von einer Lesegruppe nach Stichwor-



**Ökumenische Konsultation:** Amédée Grab, Moritz Leuenberger, Thomas Wipf, Peter Hess

ten geordnet. Alle Stellungnahmen wurden anschliessend von mindestens zwei Mitgliedern der Auswertungsgruppe gelesen und im Hinblick auf den Auswertungsbericht und das abschliessende «Wort der Kirchen» ausgewertet. Sämtliche Stellungnahmen sind elektronisch erfasst und als CD den Interessierten zugänglich gemacht worden. Der Auswertungsbericht konnte Ende 2000 veröffentlicht werden. Schliesslich wurde im Mai 2001 das «Wort der Kirchen» vom Rat des SEK und der Schweizer Bischofskonferenz verabschiedet und mit dem Hoffnung und Verpflichtung ausdrückenden Titel «Miteinander in die Zukunft» publiziert. Formell und als

Projekt der beiden Kirchen ist die «Ökumenische Konsultation» abgeschlossen; hinsichtlich der ethischen Auseinandersetzung aus christlicher Perspektive über Fragen der gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung soll das «Wort der Kirchen» nicht als Abschluss, sondern als neuer Impuls für das sozialetische Engagement verstanden werden.

#### **ESE.02**

2001, das Jahr, in dem die Expo hätte stattfinden sollen. Wie viele andere war auch der Verein ESE.02 (Eglises de Suisse à l'Expo) froh, dass die Landesausstellung verschoben wurde. Das zusätzliche Jahr erlaubte es, die



**ESE.02:** Im Inneren des Himmels «WORT»



Gedenkgottesdienst im Berner Münster

drei Projekte fertig zu entwickeln. So konnten die 110 Chöre für Pfingsten ausgewählt und der Betttag weiter vorbereitet werden und für «Un angepasse» der letzte Himmel. Der Verein ESE.02 ist zuversichtlich, dass die Kirchen mit diesen drei Projekten an der Expo gut vertreten sein werden. Die Projektverantwortlichen sind sehr froh um die gute Zusammenarbeit mit dem Kirchenbund und die tatkräftige Unterstützung der reformierten Kirchen – auch mit finanziellen Mitteln – für die Projekte der ESE.

### **Die Ereignisse im September 2001**

Die Betroffenheit der Bevölkerung auf die Anschläge auf das World Trade

Center in New York am 11. September veranlasste den SEK, zusammen mit der Bischofskonferenz und der Christkatholischen Kirche, am 12. September im Berner Münster zu einer Feier der Trauer und Anteilnahme einzuladen. Neben Vertretern des Bundesrates, der Kantons- und Stadtregierung nahmen auch Mitglieder des diplomatischen Corps, darunter der amerikanische Botschafter, teil.

An der Trauerfeier für die Opfer des Amok-Laufs im Parlament des Kantons Zug am 27. September wurde der SEK durch eine Ratsdelegation vertreten.



Irène Reday

### **Neues Mitglied des Rates**

In der Sommer-Abgeordnetenversammlung 2001 wurde Irène Reday als Mitglied des Rates gewählt. Sie hat ein Lizentiat in Politologie des «Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales» in Genf. Kirchlich engagierte sie sich in der Mischehen-Thematik und als Kirchgemeinderätin ihrer Kirchgemeinde. Bis Juni 2001 war sie Mitglied des Conseil de l'Eglise protestante de Genève. Die Abgeordnetenversammlung des SEK wählte sie 1995 in die Geschäftsprüfungskommission, in der sie während zwei Jahren den Vorsitz führte. Mit der Wahl von Irène Reday stellen die Kirchen der Romandie neu drei Mitglieder des Rates.







### an denen der SEK durch den Ratspräsidenten, Delegationen des Rates oder der Geschäftsstelle vertreten war

- 15.-17.01. Internationales Forum der Presbyterian Church of Taiwan in Taipeh
- 17.01. Konstituierende Synode der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Basel-Landschaft, Referat
- 20.01. Frauenkonferenz, Tagung in Zusammenarbeit mit dem Diakoniewerk Neumünster «Trauer am Anfang des Lebens»
- 19.-21.01. Exekutivausschuss der Leuenberger Kirchengemeinschaft (LKG) in Zürich
- 27.01. Osteuropatag des HEKS in Bern
- 28.01. Abendessen mit Erzbischof Ndungane in Zürich
- 30.01. Besuch einer Delegation der Evangelical Presbyterian Church of South Africa
- 07.-13.02. Delegationsreise nach Ägypten (**Bild**, Besuch beim koptisch-orthodoxen Papst Schenouda III)
- 19.02. Treffen mit dem Präsidium von Christian Solidarity International
- 26.02. Theologische Tagung «Kirche – Mission» in Bern
- 08.-12.03. European Integration, Working Group der KEK-Kommission Kirche und Gesellschaft in Brüssel



- 09.-10.03. Orthodoxie-Tagung der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen der Schweiz (AGCK) in Zürich
- 12.03. Erste Gespräche bezüglich Direktmitgliedschaft der Kirchen SZ, UR, NW
- 17.03. Zentralkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche (EMK) in Bülach, Stunde der Begegnung
- 18.-25.03. Besuch einer Delegation des Chinesischen Christenrates (CCC) beim SEK (**Bild**) anlässlich der Session der UN-Menschenrechtskommission in Genf
- 19.03. Gedenkstunde für Andreas Hostettler in der französischen Kirche in Bern
- 29.03. Mittagessen zu Ehren des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan auf Einladung des Bundesrates im Landgut Lohn
- 29.03. Gespräch mit Bundesrätin Ruth Metzler
- 30.-31.03. Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Entwicklung und Umwelt, Tagung in Hannover
- 05.04. Arbeitsgruppe «Weltsozialgipfel – innenpolitische Folgen» des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), Referat über die Ökumenische Konsultation
- 09.04. Aussprache mit der Theologischen Kommission



- 17.-22.04. KEK/CCEE Tagung in Strassburg (Europ. Ökumen. Begegnung 2001)
- 24.04. Medienkonferenz SEK – Bistums-/Religionsartikel (**Bild**)
- 26.04. Impulstagung zur Dekade zur Überwindung von Gewalt 2001-2010 in Bern
- 03.05. Begegnung mit der Fédération romande d’Eglises et œuvres évangéliques (FREOE) in Bern
- 08.05. Diakoniekonferenz des SEK zum Thema des sozialen Wandels in der Schweiz
- 10.-12.05. Ökumenischer Arbeitskreis China – Treffen in der Schweiz
- 11.05. Ökumenisches Koordinationstreffen der SeelsorgerInnen an den Empfangsstellen des Bundes in Olten
- 12.05. Synode der Eglise réformée évangélique du Valais, Referat
- 15.05. Expo.02 «Ein Jahr vor der Eröffnung» auf der Arteplage Neuenburg
- 16.05. Begegnung mit der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) und dem Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz (VFG) in Bern
- 17.05. Treffen der Landeskirchen und des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) mit dem Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) in Wabern



- 21.05. Konferenz der Kirchen am Rhein (KKRh), Zusammenkunft der Kirchenpräsidenten in Strassburg
- 23.-27.05. Besuch bei der Schweizer Kirche in London
- 28.05. Besuch der «Pasteurs stagiaires de la Suisse romande»
- 01.06. 100-Jahr-Jubiläum Caritas Schweiz, Festakt in Luzern
- 04.-09.06. Konsultation der koreanisch-protestantischen Präsenz in Europa in Genf
- 06.06. Gespräch mit der südafrikanischen Botschafterin Nozipho January-Bardill in Bern
- 07.06. ISE-Tagung «Sterbehilfe in Altersheimen»
- 08.-09.06. Nationalsynode der Christkatholischen Kirche der Schweiz in Genf
- 10.06. Abstimmung zur Abschaffung des Bistumsartikels
- 18.-19.06. Erzbischof Ndungane und südafrikanische Botschafterin Nozipho January-Bardill zu Besuch an der Sommer-Abgeordnetenversammlung in Montmirail (**Bild**)
- 18.06. Plenarsitzung des Gesprächskreises Kirche und Wirtschaft
- 19.-25.06. Vollversammlung der Leuenberger Kirchengemeinschaft (LKG) in Belfast
- 26.06. Kommission Armee XXI, Armeseelsorge
- 03.07. Medienkonferenz SBK/SEK – Ökumenische Konsultation



- 09.07. Treffen mit Setri Nyomi, Generalsekretär des Reformierten Weltbundes (RWB) in Genf
- 10.07. Erstes Gespräch bezüglich Direktmitgliedschaft der Kirche OW
- 05.08. Ökumenischer Gottesdienst anlässlich des Filmfestivals Locarno
- 10.08. Offizielle Feier der 500-jährigen Zugehörigkeit von Schaffhausen zur Eidgenossenschaft
- 26.-31.08. Synode der Tavola Valdese in Torre Pellice
- 28.08. Treffen mit der Informationsgruppe Schweiz-UNO in Bern
- 01.09. Schlussakt Ökumenische Konsultation in der Heiliggeistkirche in Bern (**Bild**)
- 08.09. Synode der Evangelisch-reformierten Kirche Nidwalden, Referat
- 12.09. Trauergottesdienst (Terrorakt 11.9. USA) im Berner Münster
- 16.-19.09. Reformierte Kirche in Ungarn «Unsere reformierte Kirche heute» in Budapest
- 26.-30.09. Gesamteuropäische Diakonietagung in Finnland
- 23.09.-3.10. Delegationsreise nach Südafrika
- 10.-11.10. Jährliches Treffen der Kirchenbünde von Belgien, Frankreich, Italien und der Schweiz in Torre Pellice
- 14.10. Generalversammlung des Bundes ungarischer Gemeinden in der Schweiz, Gastpredigt

---

## Nationale, internationale und ökumenische Treffen

- 23.10. Tagung «Islam und schweizerische Rechtsordnung» in Freiburg
- 28.-29.10. Tagung der Evangelisch/römisch-katholischen Gesprächskommission (ER GK) «Augsburg 1999 – ein ökumenischer Meilenstein?» in Bern
- 30.10. Medienkonferenz SEK – Fristenregelung
- 30.10. Diakoniekonferenz des SEK: Ökumenische Konsultation: Familie und Familienpolitik im «Wort der Kirchen»
- 08.11. Begegnung mit der Fédération romande d'Églises et œuvres évangéliques (FREOE) in Bern
- 15.11. Direktorenkonferenz des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), Referat «Ökumenische Konsultation und Folgerungen für die schweizerische Innenpolitik»
- 16.-17.11. Schweizerische reformierte Arbeitsgemeinschaft Kirche und Landwirtschaft in Gwatt
- 19.11. Frauenkonferenz «Kirchenbudgets aus Frauensicht»
- 21.11. Synode der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Aargau, Referat
- 21.11. Treffen der Kirchen und des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) mit dem Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) in Wabern
- 22.-24.11. Arbeitsgruppe der KEK-Kommission Kirche und Gesellschaft, Tagung «Europäischer Integrationsprozess» in Warschau
- 27.-30.11. Konsultation mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Hannover
- 10.12. Plenarsitzung des Gesprächskreises Kirche und Wirtschaft
- 13.12. Begegnung mit der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) und dem Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz (VFG) in Bern
- 14.-16.12. Exekutivausschuss der Leuenberger Kirchengemeinschaft (LKG) in Berlin

## Organisation 2001

Mit der Reorganisation 1998 der Geschäftsstelle des SEK wurde eine Geschäftsleitung unter dem Vorsitz des Geschäftsführers eingesetzt, die die Aufgabe hatte, die operativen Geschäfte des Kirchenbundes zu führen. Der Wechsel am 1.1.1999 war bedeutungsvoll gewesen: Hatte der vorherige Vorstand des SEK – unterteilt in sieben Departemente – auch das Tagesgeschäft auf seiner Ebene verantwortet, wurde der neue Rat des SEK als gesamtverantwortliche Kollegialbehörde mit strategischer Verantwortung eingesetzt. Die Verantwortung für das ausführende Handeln sollte eine Geschäftsleitung unter dem Vorsitz der neu geschaffenen Stelle eines Geschäftsführers oder einer Geschäftsführerin übernehmen.

Neben positiven Erfahrungen, vor allem der Entlastung des Rates von tagessgeschäftlichen Fragen, wurden auch einige Nachteile dieser Organisationsform deutlich:

Zwischen den Fachmitarbeitenden und dem Rat waren zu viele Hierarchiestufen eingebaut worden, die zu langen Dienstwegen führten. Nach Aussen war nicht immer klar, welche Person für welches Geschäft jetzt anzusprechen respektive zuständig sei. Da sich strategische und operative Verantwortung in einer beziehungs-



Markus Sahli



Pierre Vonaesch



Hans-Balz Peter



Ralf Pfaff

und wissensorientierten kirchlichen Organisation oft nicht klar trennen lassen, war die inhaltliche Verantwortung auf vier Ebenen verteilt: Fachmitarbeitende, Abteilungsleitende, Geschäftsführer und Rat.

Entscheidend für den Beschluss des Rates, die Organisation der Geschäftsstelle nach zwei Jahren anzupassen, war aber die Arbeit an den Zielen und Strategien. Die Geschäftsstelle hat die Aufgabe, die vom Rat gesetzten Ziele mit optimalem Mitteleinsatz zu erreichen. Deshalb beschloss der Rat per 1. Oktober die Anpassung der organisatorischen Struktur der Geschäftsstelle unter dem Begriff «Organisation 2001».

Die Geschäftsleitung kam am 5. September 2001 zu ihrer letzten Sitzung zusammen und übergab die Geschäfte je den neu ernannten Abteilungs-, bzw. Bereichsleitenden und dem neuen Leiter der Geschäftsstelle. Dieser hat neu die Gesamtverantwortung für Koordination und Administration.

### **Personelles**

Ursula Klauser ging nach 10 Dienstjahren als Sekretärin des Präsidenten in Pension. Seit dem 1.2.2001 wird das Sekretariat des Präsidiums durch Beatrice Bienz geführt. Sie ist gleichzeitig neu auch für das Sekretariat des Leiters Geschäftsstelle verantwortlich.

Im Winter verstarb nach schwerer Krankheit Andreas Hostettler, der erste Informationsbeauftragte des SEK. Er leitete während 15 Jahren die Stabstelle Information und Kommunikation. Diese wurde seit Mitte 2000 infolge der Krankheit des Stelleninhabers durch Andreas Stauffer ad interim geführt. In dieser Zeit war Alain-Didier Clerc für technische Belange und Layout zuständig. Er verliess den SEK per Ende Jahr und machte sich beruflich selbständig.

Nach elf Jahren am Sulgenauweg ist Elisabeth Stupf Ende Januar 2001 in den Ruhestand getreten. Sie hat das Ökumene-Sekretariat betreut und sich mit besonderem Engagement um die Frauenkonferenz gekümmert. Sie wurde durch Elisabeth Balmer ersetzt, die zuletzt bei der Finanzkontrolle des Bundes gearbeitet hat.

Nach dem Rücktritt von Hildegard Hungerbühler war die Stelle Integri-



on/Migration während einem Jahr vakant. Barbara Affolter trat im März diese Stelle an, verliess den SEK aber noch während der Probezeit.

Im Sommerhalbjahr wurde das Sekretariat durch Ursula Baumgartner unterstützt, die in dieser Zeit das Ratsprotokoll erstellte.

Das Sekretariat der Fachstelle Menschenrechte wurde während zehn Jahren durch Lidia Geiser geführt. Sie ging per Ende September in den vorzeitigen Ruhestand. Diese Stelle wurde infolge der Umstellung der Geschäftsstelle nicht wieder besetzt, die Arbeiten werden bis zur definitiven Arbeitszuteilung vom Sekretariat Ausenbeziehungen übernommen.

Vor 18 Jahren wechselte Kathrin Berger von der Flüchtlingsmutter Gertrud Kurz zum SEK. Sie hat den Bereich Diakonie und deren öffentliche Betrachtung wichtige Impulse verliehen. Kathrin Berger trat Ende Oktober in den Ruhestand.

Mit Roland Campiche ging Ende September einer der dienstältesten Mitarbeiter ebenfalls in den Ruhestand. 30 Jahre hatte er als Leiter des Büros ISE Lausanne den SEK in der Westschweiz vertreten und durch unzähli-

ge Publikationen und Forschungsarbeiten, vor allem zur Religionssoziologie, sich einen Namen geschaffen. Die Leitung ad interim hat Claude Bo-vay übernommen.

Véronique Bourgeois vom Büro ISE Lausanne hat ebenfalls per 30. September 2001 ihre Assistenzstelle aufgegeben.

Per Ende Jahr verliess Nathalie Narbel den SEK. Sie kümmerte sich als Fachfrau um diverse Themen innerhalb des ISE. Ihre Stelle war auf 1 ½ Jahre befristet.



Mitte Jahr ist Theo Schaad in den SEK eingetreten, nachdem er bereits zuvor dem Rat für den Strategieprozess als Sekretär zur Verfügung stand. Der bisherige Delegierte der Evang.-methodistische Kirche (EMK) in der AV ist seit 1.10.2001 Leiter der Geschäftsstelle.

### Mandate der Kommissionen

Der Rat hat ein neues Reglement für die Kommissionen und Arbeitsgruppen in Kraft gesetzt. Zusätzlich hat er durch jede Kommission ein Mandat (Leistungsauftrag) erarbeiten lassen. Dieses regelt Auftrag und Aufgaben der Kommission, deren Zusammensetzung, Arbeitsweise, Kompetenzen und finanzielle Ressourcen. Die Mandate der Kommissionen in den Arbeitsfeldern Schweizer Kirchen im Ausland, Fonds für Frauenarbeit, sowie Tourismus, sind verabschiedet, diejenigen in den Bereichen Migration, Sozialethik und Weiterbildung der kirchlichen Mitarbeitenden haben eine erste Lesung im Rat durchlaufen.

#### **Foto Seite 35**

(von links nach rechts):

Andreas Stauffer  
Andreas Hostettler  
Alain-Didier Clerc  
Daniela Ambühl

# INFORMATION UND KOMMUNIKATION



## Kommunikation

Nach dem Tod von Andreas Hostettler, der während 15 Jahren die Medienarbeit im Kirchenbund geleitet hatte, ernannte der Rat Andreas Stauffer als Leiter a.i.. Herr Stauffer arbeitete seit zwei Jahren in der Kommunikation und hatte in der krankheitsbedingten Abwesenheit des Leiters bereits dessen Vertretung übernommen.

Im Zentrum der Arbeit stand der Ausbau der Medientätigkeit. Die Medienpräsenz wurde massiv verbessert: 2001 wurden insgesamt sieben Pressekonferenzen durchgeführt, die alle mit einem guten bis sehr guten Medienecho beantwortet wurden.

Die Presseanlässe betrafen den Bistumsartikel (2), den Religionsartikel, die Fristenregelung, die Tagung zu Augsburg, die Südafrika-Reise sowie die Buchpublikation der theologischen Kommission «Unterwegs zu neuen Horizonten» Gleichgeschlechtlichkeit: Überlegungen und Gesprächsanstöße zu den Stellungnahmen der Evangelischen Kirchen der Schweiz

Die SEK-Kommunikation begleitete den Rat bei 35 Verlautbarungen, 11 davon wurden mit kirchlichen Partnern koordiniert. So mit den evangelischen Hilfswerken HEKS und BFA oder den römisch-katholischen und christkatholischen Schwesterkirchen.



**Journalisten** an der Pressekonferenz zum Bistumsartikel

Via e-mail, Fax und Post schreibt die Pressestelle unterdessen 450 Medienvertreter und 10 Agenturen an. Im neu aufgebauten Text-Archiv befinden sich über 200 Dossiers, das neue Bildarchiv umfasst 2000 analoge und 3000 digitale Bilder.

Zum festen Bestand zählt nach wie vor das SEK-Bulletin, das sechs Mal pro Jahr zweisprachig rund 8000 Empfänger über die Arbeit des Kirchenbundes informiert. Das Bulletin ist redaktionell und grafisch eine vollständige Eigenproduktion, die Druckvorstufe erfolgt im Haus. Die Texte kommen von den Mitarbeitenden des SEK oder von Partnerorganisationen. Als journalistischer Höhepunkt des

Jahres erwies sich der Südafrikabesuch, der mit einem 50-Seiten-Bericht und einer Fotoausstellung an der Herbst-AV ausgewertet wurde. Auch der Internetauftritt wurde weiter ausgebaut. Neu können vom Internet sämtliche Verlautbarungen und die neuesten Berichte sowie druckfähiges Bildmaterial heruntergeladen werden. Ausserdem sind sämtliche Bulletin Ausgaben seit 2000 auf das Netz gestellt worden. Neben den Unterlagen der Abgeordnetenversammlung sollen in Zukunft den Mitgliedkirchen auch die Rundschreiben zur Verfügung stehen. Im nächsten Ausbauschritt werden die Abteilungen ihre Arbeiten und Projekte darstellen.



---

**Foto Seite 39**

(von links nach rechts):

Pierre Vonaesch, Hartmut Lucke,  
Gottfried Wilhelm Locher,  
Thérèse Marthaler, Elisabeth Stupf,  
Corinne Schläfli, Marianne Bühler,  
Elisabeth Balmer

## ABTEILUNG I: KIRCHE UND ÖKUMENE



### SEK-Delegation im September auf Einladung des südafrikanischen Kirchenrates (SACC) zu Besuch am Kap

Eine Delegation des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), seiner Werke und Missionen, setzte sich intensiv mit der kirchlichen und gesellschaftlichen Realität des Nach-Apartheid-Südafrikas auseinander. Der Delegation gehörten an: Thomas Wipf, Präsident des Rates des SEK, Karl Kohli, Mitglied des Rates des SEK, Gottfried W. Locher, Leiter Aussenbeziehungen SEK, Jeanne Pestalozzi-Racine, Kirchenrätin Zürich, Anne-Catherine Miéville, Synodalrätin Waadt, Madeleine Strub-Jaccoud, Direktorin «mission 21», evangelisches

missionswerk Basel, Eugène Roy, DM Echange et Mission Lausanne, Andreas Loebell, Programmbeauftragter HEKS, Südliches Afrika, Andreas Stauffer, SEK-Kommunikation. Auf dem Programm standen Besuche in den Townships von Soweto, Alexandra (Johannesburg), Gugulethu (Kapstadt) und Mdantsane (East London). Die Begegnungen mit den kirchlichen Partnern stärkte das gegenseitige Verständnis und die Solidarität. Ein Dauerthema war die Entschuldung Südafrikas. Zu diesem Thema fand im berühmten Gefängnis auf Robben



**Community Center Kliptown:** SEK-Delegation im Gespräch mit Eva Nameng

Island eine Begegnung mit der süd-afrikanischen Wahrheitskommission statt. Am 30. September wurde in einem symbolträchtigen Akt die «Magnus Malan Strasse» in Johannesburg in «Beyers Naudé Strasse», nach dem Namen des weissen Kämpfers gegen die Apartheid und Pfarrer der reformierten Kirche, umbenannt. Magnus Malan war Verteidigungsminister der Apartheid-Regierung. Anlässlich der Umbenennung wurde Beyers Naudé gleichzeitig das Ehrenbürgerrecht erteilt. Er war der erste weisse Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC). Der SEK, das Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS), «mission 21» und

das Département missionnaire (DM) sind seit vielen Jahren mit dem SACC verbunden.

An der offiziellen Feier fand ein Gottesdienst unter Leitung von Erzbischof Desmond Tutu mit interreligiöser Präsenz statt. Der Präsident des Rates des SEK, Thomas Wipf, würdigte Wirken und Bedeutung Beyers Naudés: «Beyers Naudé hat zeitlebens Menschen zusammengebracht – auch in der Schweiz. Wann immer er in Kirchen oder bei anderen Anlässen über die Apartheid sprach, waren alle von seiner mutigen Parteinahme für Benachteiligte, von der Klarheit seiner Argumente, die sich stets auf die Bibel bezogen und von seiner Fairness und



Wärme tief beeindruckt. Er machte uns klar, dass man sich im Apartheidstaat für eine Seite entscheiden muss. Leider haben wir zu wenig auf ihn gehört, was ich aus heutiger Sicht zu tiefst bedaure.»

### **Erkenntnisse und Folgerungen der Delegation**

Die Delegation war berührt und beeindruckt von den Menschen, denen sie anlässlich dieser Reise begegnet ist: Menschen, die sich gegen Apartheid und Rassismus zur Wehr gesetzt haben, die nicht mit Rache, sondern mit Wahrheitssuche und Versöhnung die Vergangenheit zu überwinden suchen; Menschen, die sich voller Hoffnung am Aufbau einer friedlichen und gerechten Gesellschaft beteiligen.

Südafrika steht vor enormen sozialen und politischen Herausforderungen. Angesichts dieser Eindrücke bedauert die Delegation, dass unsere Kirchen zu wenig eingestanden sind für die Menschen, die Opfer der Apartheid geworden sind, wie auch für jene, die ihre Stimme gegen dieses Unrecht erhoben haben. SEK und HEKS wollen sich weiterhin intensiv für die Würde der Ärmsten in Südafrika einsetzen. Bisher ist das HEKS mit Projekten im Umfang von jährlich CHF 460'000.– engagiert. Die Delegation empfahl dem Rat, die Beziehungen des Kirchenbundes zur

Zeit der Apartheid und die Geschichte, zusammen mit seinen Mitgliedkirchen und Werke, aufzuarbeiten.

Neben den kirchlichen sollen auch die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen der Schweiz zu Südafrika zur Zeit der Apartheid untersucht werden. Der Kirchenbund hat darum die entsprechende parlamentarische Initiative unterstützt. Die Untersuchungen im Rahmen des Nationalfondsprojektes 42+ sind wichtig; sie können aber nur Klarheit schaffen, wenn auch die Archive der Banken und Unternehmungen geöffnet werden, wie es die Initiative verlangt hat.

Die sozialetische Grundlagenarbeit zu Wirtschaft und Moral soll vertieft werden, so dass auf die Forderungen der Kampagne «Jubilee 2000» in Sachen Apartheidschulden und Schuldenerlass (odious debts) angemessen reagiert werden kann. Schliesslich soll die Partnerschaft zwischen den Kirchen Südafrikas, dem Kirchenbund und seiner Hilfswerke und Missionen weitergeführt und erneuert werden.

### **AUGSBURG 1999 – EIN ÖKUMENISCHER MEILENSTEIN ?**

Im Namen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) und der Schweizer Bischofskonferenz (SBK) hat die Evangelisch/römisch-

katholische Gesprächskommission (ER GK) am 28. und 29. Oktober in Bern eine Tagung unter dem Titel «Augsburg 1999 – und wie weiter?» durchgeführt. Mehrere renommierte Theologen und eine Theologin waren dazu eingeladen.

### **Einigkeit in Frage gestellt**

Im Frühjahr 1997 hatte die Nachricht aufhorchen lassen, die evangelisch-lutherische und die römisch-katholische Kirche seien in der jahrhundertelang kontroversen Frage der Rechtfertigung des Glaubens einig geworden. Die grundlegenden Differenzen in der Rechtfertigungslehre, die im 16. Jahrhundert zur Kirchenspaltung und zu gegenseitigen Lehrverurteilungen geführt hatten, seien als überwunden erklärt worden.

Die «Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre» stiess dann allerdings auf Widerstand, und nur wenig später schien die mühsam errungene Einigung über die Rechtfertigungslehre durch die Erklärung der Kongregation für die Glaubenslehre der römisch-katholischen Kirche «Dominus Iesus» im Herbst 2000 wieder in Frage gestellt. Darum war es wichtig, gemeinsam auf diese Entwicklung zurückzukommen.

### **«Quo vadis ecclesia?»**

Dass eine solche Tagung stattfindet, meinte Prof. Dr. Kurt Koch, Bischof von Basel, in seiner Einleitung zur Bedeutung des Anlasses, sei bereits ein ökumenisches Zeichen. Prof. Dr. Pierre Bühler, Zürich, bezeichnete seine Haltung gegenüber der Erklärung als die eines «aktiven Pessimismus». «Pessimismus», weil von einer wirklichen, sprich: Sichtbaren Einigung der Kirchen trotz oder gerade aufgrund der «Gemeinsamen Erklärung» bislang nicht gesprochen werden könne; «aktiver Pessimismus», weil gerade dies dazu antreibe, die ökumenische Arbeit ernsthaft, ehrlich und kritisch weiterzuführen. Ökumene sei in Zukunft in erster Linie ein Programm kritischer Differenzierung.

Die Haltung von Prof. Dr. Eberhard Jüngel, Tübingen, liess sich als die eines «vorsichtigen Optimismus» umschreiben. In seinem Referat mit dem Titel: «Quo vadis ecclesia?» hielt er fest, wer wissen wolle, wohin die Kirche gehe, müsse fragen, woher die Kirchen kämen.

Jüngel schätzte die erzielten theologischen Annäherungen als wirklichen Fortschritt im ökumenischen Dialog ein. Er wies aber darauf hin – darum «vorsichtiger Optimismus» –, wie schwierig die Lage dennoch geblieben ist. Für ihn wäre es der «beste al-



«Augsburg 1999»: SEK Ratspräsident Thomas Wipf, Bischof Kurt Koch, Pfr. Dr. Frank Jehle, Generalvikar Rudolf Schmid

ler denkbaren ökumenischen Fortschritte», wenn es gelänge, «die konfessionsverschiedenen Kirchen zu einem entscheidenden Schritt zurück in das Leben der biblischen Texte» – der wichtigsten gemeinsamen Quelle – zu gewinnen.

An der Podiumsdiskussion legte Frau Prof. Dr. Petra Silke Bergjan, Theologieprofessorin aus Zürich, dar, dass die «Gemeinsame Erklärung» ein Konsenspapier sei, in dem beide Seiten geprüft hätten, ob sie gebührend vertreten seien – ein echtes Zusammengehen fordere aber die Schaffung neuer Grundlagen.

### **Gottes Geist wird die trennenden Mauern niederreißen**

Für Kardinal Walter Kasper, Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen in Rom, war Augsburg «nicht nur eine protokollmässige Unterschrift» sondern ein «liturgisches Fest». Er räumte ein, dass eine wichtige Etappe zurückgelegt, und dass in der «Gemeinsamen Erklärung» kein totaler, wohl aber ein «differenzierter Konsens» erzielt worden sei. Damit sei der ökumenische Weg in die Zukunft offener als je zuvor, so seine optimistische Lagebeurteilung, ein Weg, der sich wieder vermehrt auf die «wunden» Punkte des ökumenischen Dialogs wie die Frage

des Amtsverständnisses und der eucharistischen Gastfreundschaft zu konzentrieren habe. «Es ist meine feste Überzeugung», so schloss Kasper sein Referat, «Gottes Geist wird das Werk, das er begonnen hat, auch zu Ende führen. Ähnlich wie beim Fall der Berliner Mauer werden wir uns eines Tages die Augen reiben und uns wundern, wie Gottes Geist die trennende Mauer niedergerissen und uns neue Wege zueinander geöffnet hat.» Das zweitägige Treffen wurde mit einer gemeinsamen liturgischen Feier unter der Leitung der Co-Präsidenten der ERGK, Generalvikar Dr. Rudolf Schmid und Pfarrer Dr. Frank Jehle, abgeschlossen.

### **DIE VIELSTIMMIGKEIT DER LEUENBERGER KIRCHENGEMEINSCHAFT**

Die SEK-Delegierten der Leuenberger Kirchengemeinschaft (LKG) trafen zu einem heiklen Zeitpunkt in Belfast ein. Während der Zusammenkunft kam es im Norden von Belfast zu Zusammenstößen rivalisierender Gruppen: Die «Marching Season» stand vor der Tür.

Die Abgeordneten besuchten in und um Belfast Projekte, in denen täglich um die Verwirklichung des Friedens gerungen wird. Es war der LKG ein Anliegen, jenen, die sich für Frieden und eine Lösung des Konflikts einsetzen,

Solidarität und Unterstützung zu versichern. In einer entsprechenden Pressemitteilung wandte sich die Versammlung auch an die politischen Führer, «ihre harte Arbeit weiterzuführen und einen Frieden zu ermöglichen, der es Menschen aller Traditionen erlaubt, sich in diesem Land zu Hause zu fühlen».

### **Kommunikation in der Kirchengemeinschaft**

Auch die LKG gab der Kommunikation grosses Gewicht – die regionalen Kirchen sollen grenzüberschreitend Konsultationen zu wichtigen Themen durchführen. Auf dem Internet werden Foren für Wissensaustausch entstehen: für Bioethik, Friedensethik, die Situation ethnischer und religiöser Minderheiten oder das Verhältnis zur katholischen oder orthodoxen Kirche. Der Exekutivausschuss soll die Resultate solcher Befragungen entgegennehmen und an die Mitgliedkirchen weiterreichen.

### **Neue Lehrgespräche**

Die Vollversammlung beschloss zwei Themen schwergewichtig weiter zu verfolgen: «Gestalt und Gestaltung protestantischer Kirchen in einem sich verändernden Europa». Diese Debatte sei vor allem wegen der sich «gegenwärtig abzeichnenden Trans-



**Belfast:** Exekutivausschuss der Leuenberger Kirchengemeinschaft (LKG)

formationsprozesse in Gesellschaft und Kirchen Europas» angezeigt. Weiter wird sich eine Arbeitsgruppe mit dem «missionarischen Auftrag der protestantischen Kirchen Europas» befassen.

Die Basis dazu ist das gemeinsame Verständnis des Evangeliums. Ziel soll es sein, das Vertrauen in das Evangelium und seine lebensspendende Kraft zu stärken und «einander die unterschiedlichen Erfahrungen in den verschiedenen Teilen Europas mitzuteilen».

### **Wahlen**

Die LKG hat an ihrer 5. Vollversammlung überdies einen neuen Exekutiv-

ausschuss und ein neues Präsidium gewählt. SEK-Ratspräsident Thomas Wipf nimmt neben Elisabeth Parmentier, Professorin für Praktische Theologie (geschäftsführende Präsidentin) und Prof. Dr. Michael Beintker, Münster, Einsitz ins Präsidium. Damit ist der schweizerische Protestantismus nach dem Ausscheiden von Heinrich Rusterholz, ehemaliger Präsident des SEK, auch in Zukunft auf der europäisch-protestantischen Ebene vertreten.

### **IDENTITÄTSSTIFTENDE ORDINATIONSFEIER**

Die Konferenz der Liturgiekommissionen des SEK will einen Proband mit

### **LKG - Die evangelische Stimme Europas**

Die Leuenberger Kirchengemeinschaft ist ein europäischer Verbund von 103 lutherischen, reformierten, unierten und methodistischen Kirchen sowie den Waldensern und den Böhmisches Brüdern. Dazu gehören auch fünf südamerikanische Kirchen, die aus den ehemaligen deutschen Einwandererkirchen hervorgegangen sind. Die Mitgliedkirchen der LKG bekennen sich zu der 1973 auf dem Leuenberg (Baselland, CH) verabschiedeten Konkordie und dem darin dargelegten gemeinsamen Verständnis des Evangeliums und gewähren einander Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

Ordinationsliturgien vorlegen – er soll ein gemeinsames reformiertes Amts- und Ordinationsverständnis schaffen helfen.

Das Ergebnis zweier Tagungen im Schloss Hünigen und in Bern zum Thema Ordination wurde in der «Übereinkunft zu den kirchlichen Diensten und zur Ordination» festgehalten, welche den Mitgliedkirchen und Berufsverbänden zuzuging. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Pfr. Daniel de Roche ist daran, durch vertiefte theologische Reflexion und eine vergleichende Arbeit an den bestehenden Liturgiemodellen, herauszu-

finden, welche liturgischen Elemente einer Ordinationsfeier den Reformierten unverzichtbar, welche wünschenswert und welche im Belieben lokaler Tradition zu stehen scheinen.

### **Neue Zielsetzung**

1996 hoffte die Liturgiekonferenz des SEK mit einem starken Praxisbezug einen Schritt weiterzukommen. Sie fragte danach, warum sich so viele Pfarrerinnen und Pfarrer in ihrem Amt schwertun («Burnout»-Diskussion), welche Lücke zwischen dem Ideal des Amtes, wie es z.B. in der Ordinationsliturgie zum Ausdruck kommt, und dem Amtsaltag klafft, u.a.m. Sie erkannte bald, dass die Ordination ein Kristallisationspunkt ist, wo Tradition, Geschichte(n) und mehrere Akteure sowie Gottesdienstgemeinde und Ökumene in Szene gesetzt werden. Und sie erkannte bald, dass zum Praxisbezug einige theologische Überlegungen unumgänglich sind.

Sie organisierte die erwähnten Tagungen und verdichtete die Diskussion in der sogenannten Übereinkunft. Die Reaktionen darauf waren grundsätzlich positiv und unterstützten das Ziel der Verständigung über die Ordination. Dies ermutigte die Liturgiekonferenz, eine besondere Arbeitsgruppe einzusetzen. Die Mitgliedkirchen sollen einen Proband zur Diskussion

erhalten, welcher davon ausgeht, dass die reformierte Tradition kohärent genug ist, um darin ein gemeinsames Amts- und Ordinationsverständnis wiederzuentdecken. Der Band soll eine Musterliturgie sowie weitere, «übereinkunftscompatible» Liturgiemodelle enthalten und wenn möglich bis zum Herbst 2002 vorliegen.

### ÖKUMENISCHER RAT DER KIRCHEN (ÖRK)-ZENTRALAUSSCHUSS

Der Zentrallausschuss, das höchste Leitungsgremium des ÖRK bis zur nächsten Vollversammlung, tagt alle 12 bis 18 Monate. Er führt die von der Vollversammlung in Harare angenommenen Beschlüsse aus, prüft und überwacht die Programme und beschliesst den Haushalt des Rates.

Der 158 Mitglieder zählende Zentrallausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen tagte Ende Januar in Potsdam – zum ersten Mal im vereinigten Deutschland. Das Thema Versöhnung hatte einen großen Teil der Tagung beherrscht, auf der auch die ÖRK-Dekade zur Überwindung von Gewalt (DOV) offiziell eröffnet wurde. Kopfzerbrechen bereitete den Delegierten auch die kritische Finanzlage des Weltkirchenrates.



ÖRK-Zentrallausschuss: 29.1. - 6.2.1001 Potsdam

### Zukunft des Reformierten Weltbundes

Der Europäische Gebietsausschuss (Regionalstruktur des Reformierten Weltbundes) hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der strategischen Ausrichtung des Reformierten Weltbundes in Europa befasst und der Europäischen Gebietsversammlung vom 18. bis 23. August 2002 in Oradea (Rumänien) ein Strategiekonzept vorlegen soll. Insbesondere sollen Strukturen geschaffen werden, die den Austausch zwischen den Kirchenleitungen erleichtern und so zu einer engeren Zusammenarbeit beitragen. Das «Kick-off committee» wird vom Schweizer Delegierten im Gebietsausschuss, Gottfried Locher, geleitet.

### **Unterzeichnung der Charta Oecumenica – Aufbruch der Kirchen zu einer gemeinsamen Mission in Europa**

Mit der Unterzeichnung der «Charta Oecumenica» durch die Präsidenten der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) in der «Thomas-Kirche» in Strassburg ging am 22. April 2001 die 3. Europäische Ökumenische Begegnung zu Ende. Das zwölf Punkte umfassende Grundsatzdokument, das als Basistext allen Kirchen und Bischofskonferenzen in Europa zur Umsetzung in ihrem jeweiligen Kontext empfohlen wird, soll auch in das Arbeitsprogramm 2002 des SEK aufgenommen werden.

#### **Aus der Charta:**

«Auf unserem europäischen Kontinent (...) wollen wir mit dem Evangelium für die Würde der menschlichen Person als Gottes Ebenbild eintreten und als Kirchen gemeinsam dazu beitragen, Völker und Kulturen zu versöhnen. In diesem Sinn nehmen wir diese Charta als gemeinsame Verpflichtung zum Dialog und zur Zusammenarbeit an. (...) Sie hat ... keinen lehramtlich-dogmatischen oder kirchenrechtlich-gesetzlichen Charakter. Ihre Verbindlichkeit besteht vielmehr in der Selbstverpflichtung der europäischen Kirchen und ökumenischen Organisationen.»

### **Pfarrer/innen-Weiterbildungskommission**

Die Kommission hat dem Rat vorgeschlagen, mit einem neuen Auftrag eine stärker gestaltende als koordinierende Funktion zu übernehmen. Sie beantragte zudem, Diplome und Zertifikate auszustellen und somit die Verantwortung in der Anerkennung von Langzeitweiterbildungen zu übernehmen. Diese Ziele wurden nicht erreicht. Es lässt sich keine langfristige Weiterbildung planen, solange die Ausbildungskonzepte derart im Umbruch sind. Die Kommission macht sich deshalb prospektiv an die inhaltlichen und konzeptionellen Fragen der Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter in der sich rasch verändernden Bildungslandschaft.

### **Frauenkonferenz**

«Trauer am Anfang des Lebens» hiess die Tagung vom 20. Januar, an der sich Fachleute mit den vielfältigen Fragen auseinandersetzten, die sich stellen, wenn Kinder vor, während oder kurz nach der Geburt sterben. Die Tagung wurde von der Frauenkonferenz initiiert und in Zusammenarbeit mit dem SEK und dem Forum Neumünster durchgeführt und erhielt ein breites, positives Echo. Klar wurde, dass die aufgeworfenen Fragen weiterbearbeitet werden müssen, und





Mascha Madörin an der Frauenkonferenz

men zu den zwei parlamentarischen Initiativen «Gewalt an Frauen» und zum Programm «Migration und Gesundheit» des Bundes.

dass der SEK hier als gesamtschweizerische Institution besonders gefordert ist.

Im November fand die 4. Frauenkonferenz zum Thema «Frauenblicke auf Kirchenbudgets» statt. Verteilung von Geld geschieht nie «geschlechtsneutral» – dies die Einsicht aus dem Referat von Mascha Madörin. Im weiteren erteilten die Delegierten dem Ausschuss den Auftrag, beim SEK «in geeigneter Form» dagegen zu protestieren, dass alle Leitungsstellen von Männern besetzt sind und unterstützten die Initiative für einen zivilen Friedensdienst.

Weitere Schwerpunkte in der Arbeit des Ausschusses waren Stellungnah-

---

**Bild Seite 51**

(oben von links nach rechts):

Markus Sahli, Hans-Balz Peter  
Roland Campiche, Muriel Beck  
Barbara Affolter, Martin Kraut  
Dorothea Loosli  
Kathrin Berger, Daniela Frosio  
Nathalie Narbel, Lidia Geiser  
Danielle Perrochet, Claude Bovay  
Véronique Bourgeois, Margaret Gerber

## ABTEILUNG II: KIRCHE UND GESELLSCHAFT



### Fristenregelung

In der Sommer-AV 2000 wurde der Rat durch ein Postulat beauftragt, sich im laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Fristenregelung für Beratungsstellen sowie für eine staatliche Angebotspflicht einzusetzen. In Kontinuität zu Stellungnahmen des früheren Vorstandes (Memorandum 1997 «Die Würde der Frau und der Schutz des Lebens») hat sich der Rat auf der Grundlage einer theologisch-ethischen Studie von Professor Denis Müller, Uni Lausanne, für die Fristenregelung ohne Beratungspflicht ausgesprochen. Folgende Aspekte sind in der aktuellen Stellungnahme des Rates wichtig:

Jeder Schwangerschaftsabbruch bedeutet Übertretung des biblischen Tötungsverbot und kann grundsätzlich nicht gutgeheissen werden. Der Mensch steht nach christlichem Verständnis von seiner Zeugung an – obwohl noch nicht eigenständige Person – in Beziehung zu Gott. Embryo und Fötus sind daher nicht nur biologische oder natürliche Produkte, sondern individuelles werdendes menschliches Leben. Dieses werdende menschliche Leben ist unter höchstmöglichen Schutz zu stellen.

Schutz des Lebens umfasst nicht nur Schwangerschaft und Geburt, sondern das ganze Leben, einschliesslich

seiner qualitativen Dimension. So kommt auch der Schutz des Lebens der Mutter oder eines Elternpaares in den Blick. Es kann aus verschiedenen Gründen dazu kommen, dass die Mutter oder das Paar durch die Schwangerschaft in eine ausweglose Lage kommen. Sei es, dass sie einem Kind nicht die nötige für ein gesundes Wachstum emotionale Betreuung gewährleisten können, sei es, dass die physische, psychische oder soziale Stabilität der Mutter oder des Paares durch die Schwangerschaft respektive Elternschaft ernsthaft gefährdet ist. Obwohl der Schwangerschaftsabbruch klar das Lebensrecht eines werdenden Menschen verletzt, ist es nach Auffassung des Rates wichtig, dass man sich in eine als ausweglos empfundene Situation einzufühlen vermag. Aus dieser Nähe kann auch nachvollzogen werden, dass Betroffene einen Schwangerschaftsabbruch in Betracht ziehen. Evangelisches Leitbild ist hier die Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben und biblisch gesehen das Handeln Jesu, der den «Mühseligen und Beladenen» besonders nahe steht, gerade wenn sie fehlen.

Ob eine Notlage derart ist, dass die Schwangerschaft innert der gesetzlichen Frist abgebrochen werden muss, kann keine Drittperson, sondern nur

die betroffene Mutter, das Paar entscheiden. Es muss deshalb gewährleistet sein, dass der Gewissensentscheid frei und persönlich verantwortet gefällt werden kann.

Der Entscheid, eine Schwangerschaft innert einer gesetzten Frist abzubrechen, ist für die Betroffenen schwerwiegend. Die Frau sollte deshalb zusätzlich nicht noch strafrechtlich verfolgt werden, sondern in ihrer umfassenden Entscheidungsfindung möglichst unterstützt werden.

Die Beratung muss im Hinblick auf existentielle Entscheidungshilfe und Begleitung freiwillig sein, getragen von Glaube, Liebe und Hoffnung und bar jeder verurteilenden Absicht. Als Obligatorium würde die Beratung zum juristischen Kontrollinstrument und somit ihr Ziel verfehlen.

Der weltanschaulich neutrale Staat kann nicht religiös begründete Einstellungen als allgemeinverbindlich erklären. Er hat sich – auch um der Rechtssicherheit willen – an einem gewissen «common sense» auszurichten. Dennoch ist er verpflichtet, Leben zu schützen. Er kann dies am effektivsten tun, wenn er Elternschaft und Familie unterstützt.

Deshalb spricht sich der Rat in derselben Gewissheit, wie er für die Fristenregelung einsteht, auch klar für verstärkte gesellschaftspolitische Mass-



nahmen in diesem Bereich aus: Bildungsbemühungen im Hinblick auf verantwortlichen Umgang mit Sexualität, familienpolitische Massnahmen wie Mutterschaftsversicherung, Tagesstrukturen für Kinder, qualitativ hochstehende und niederschwellig zugängliche Schwangerschafts-, Eltern- und Familienberatung, wirtschaftspolitische Massnahmen wie frauen- und familienfreundliche Arbeitszeiten und Anstellungsbedingungen.

Die Abgeordnetenversammlung unterstützte mit grosser Mehrheit die grundsätzliche Haltung des Rates, nahm aber die zugrundeliegende Studie im Wortlaut lediglich zur Kenntnis. Ähnlich wie in der öffentlichen

Debatte, wurde die Fristenregelung auch an der Abgeordnetenversammlung kontrovers diskutiert. Verschiedene Delegierte bemängelten das Fehlen vertiefter theologischer Grundlegung und das ungenügende Eingehen des Rates auf die Forderungen des Postulates.

Der Rat stellte der AV in Aussicht, die grundsätzlichen Fragen um die Ethik des Lebensbeginns und des Lebensendes weiter zu bearbeiten.

### **Sans-Papiers**

Bereits Anfang Jahr zeichnete sich ab, dass die Thematik der sogenannten Sans-Papiers, der illegal sich aufhaltenden Personen in unserem Land,

neue Aktualität erhalten würde. Ausgelöst durch Ausschaffungsentscheide des Bundesamtes für Flüchtlinge, entschlossen sich Unterstützungsgruppen von Papierlosen, Kirchen oder Kirchgemeindehäuser zu besetzen.

Nachdem der SEK bereits im Jahr 1999 an einer Tagung unter dem Thema «Leben in unbewilligter Existenz. Was gehen uns MigrantInnen in irregulären Situationen an?» den Problembereich der Sans-Papiers und mit Fachleuten die kirchlichen wie politischen Handlungsmöglichkeiten auszuloten versucht hatte (siehe ISE-Texte 10/99), wurde Mitte dieses Jahres deutlich, dass die Thematik wiederum auf die nationale Ebene gelangen würde. Der Rat hat deshalb die Berner Fachstelle für Migration beauftragt, in einer Studie die Situation aus kirchlicher Sicht darzulegen und mögliche Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Auf der Grundlage dieser Arbeit lehnte der Rat die vom Bundesrat vorgeschlagene Einzelprüfung der Härtefälle wie auch die generelle Regularisierung aller Papierlosen in der Schweiz ab. Er schlug deshalb im Sinne einer Diskussionsgrundlage und als Mittelweg die kollektive Regularisierung mit gruppenbezogenen Kriterien vor. Zusätzlich sollten Massnahmen zur «geschützten» Beratung der Papierlosen getroffen werden.

Wichtig ist auch die Einflussnahme der Kirchen auf die laufenden Verfahren in der Ausländer- und Asylgesetzgebung und die Unterstützung der Bekämpfung der Schwarzarbeit (Gesetz gegen die unlautere Arbeit).

Anlässlich der Überweisung der Motion de Roche (FR) und Mitunterzeichnete konnte der Rat an der Herbst-AV seine Vorstellungen darlegen. Angesichts der polarisierten Situation um die Frage der Sans-Papiers stellte der Rat in Aussicht, mit verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kreisen einen «Runden Tisch» zu organisieren. Er hat eine Projektgruppe «Sans-Papiers» eingesetzt mit dem Auftrag, die politische Debatte weiterzuverfolgen und Antrag betreffend weiteres Vorgehen zu stellen.

### **Freiwilligenarbeit**

An der Abgeordnetenversammlung im Herbst 1998 wurde ein Postulat der Zürcher Delegation überwiesen, das den damaligen Vorstand aufforderte, «geeignete Schritte zu unternehmen, damit die Freiwilligenarbeit AHV-wirksam und analog zu Geldspenden an gemeinnützige Organisationen steuerlich geltend gemacht werden kann».

In seiner Antwort an die Abgeordnetenversammlung im Sommer 2000 in

Visp wies der Rat darauf hin, dass der SEK und seine Mitgliedkirchen seit mehr als einem Jahrzehnt das Thema Freiwilligenarbeit auf ihrer Traktandenliste führen und spezifisch bearbeiten.

Anlass zu einer intensiven Debatte gab jedoch der zweite Teil der Antwort des Rates auf das Postulat, nämlich die Frage der Steuerabzugsfähigkeit und der AHV-Wirksamkeit der Freiwilligenarbeit. Der Rat lehnte es aus verschiedenen Gründen ab, sich auf nationaler Ebene für die Einführung von Gutschriften für freiwillige Tätigkeit einzusetzen.

Das Thema der freiwilligen oder ehrenamtlichen Arbeit und deren Anerkennung ist – nicht zuletzt durch das UNO-Jahr 2001 – als gesamtgesellschaftliche Herausforderung anerkannt und wird breit diskutiert.

Der Verein iyv-Forum, der die Aufgabe hat, das UNO-Jahr der Freiwilligen in der Schweiz zu thematisieren und die Veranstaltungen zu koordinieren, zählt 140 Mitgliedorganisationen, unter anderen auch den SEK, verschiedene Mitgliedkirchen und Kirchgemeinden.

Der Rat wird das Anliegen des Postulates, das die gesellschaftliche Anerkennung der Freiwilligenarbeit fordert und im Sinne einer politischen Vision die Instrumente der AHV-Wirksamkeit



## **2001 Internationales Jahr der Freiwilligen**

oder den Steuerabzug vorschlägt, weiterverfolgen. Das iyv-Forum Schweiz oder ein entsprechendes Nachfolgegremium wäre die geeignete Plattform. Die Forderungen des Postulates können nur realisiert werden, wenn sie von möglichst vielen Organisationen mitgetragen werden.

An der Schlussversammlung zum Freiwilligenjahr in Bellinzona wurde deshalb im Auftrag des Rates des SEK der Antrag eingebracht, die Bildung eines Nachfolgegremiums für das iyv-

Forum an die Hand zu nehmen. Dieses Gremium sollte unter anderem eine Expertengruppe einsetzen, die den Auftrag hätte, Optionen der Anerkennung von Freiwilligenarbeit vorzulegen, etwa im Bereich der Anrechnung von Sozialversicherungsleistungen oder der Steuerabzugsfähigkeit.

Viele Menschen engagieren sich ganz bewusst in der kirchlichen Freiwilligenarbeit, weil sie sich dort mit der Sinnfrage auseinandersetzen können. Daher ist der Einbettung der Freiwilligenarbeit in das Leben der Kirchgemeinden besonderes Gewicht beizumessen.

### **Diakoniekonferenz des SEK**

Die Diakoniekonferenzen behandeln regelmässig aktuelle Themen: Claudia Kaufmann, Generalsekretärin des Eidg. Departementes des Innern, hielt zum «Sozialen Wandel in der Schweiz» ein grundlegendes Referat. Das anschliessende Podiumsgespräch und die Gruppenarbeit vertieften die Auseinandersetzung in der Frage nach der Rolle der Kirchen.

Mit «Familien und Gesellschaft – geteilte Verantwortung» nahm die Konferenz das kurz zuvor veröffentlichte Wort der Kirchen «Miteinander in die Zukunft» auf.

### **Innenpolitische Menschenrechtsarbeit**

2001 stand das Bemühen im Vordergrund, das Bewusstsein für die Verantwortung der Schweiz in der Umsetzung der Menschenrechte zu stärken. Dazu gehörten das Initiieren von Gesprächen zwischen der parlamentarischen Gruppe Menschenrechte und den Nichtregierungsorganisationen sowie der Einsatz für ein nationales Menschenrechtsgremium. Beide Dossiers wurden gemeinsam mit der Organisation «Menschenrechte Schweiz MERS» durchgeführt. Die Menschenrechtsbeauftragte setzte sich zudem weiterhin gegen Rassismus ein, nicht zuletzt indem sie im Namen der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus an der Weltkonferenz in Durban teilnahm. Diese barg schon einige Vorzeichen des tragischen Ereignisses vom 11. September in sich. Eine sorgfältige Nacharbeit für ein besseres gegenseitiges Verständnis der Lebenslagen, Weltanschauungen, Religionen und Kulturen ist unabdingbar.

### **Kooperationsvereinbarung zwischen den Kirchen und dem Bundesamt für Flüchtlinge**

Seit 1996 besteht zwischen den Kirchen und dem BFF ein Vertrag, welcher die Bedingungen für die Seelsor-





**Empfangsstellenseelsorge:** Beratungsgespräch

ge in den Empfangsstellen des Bundes regelt. Den Kirchen wird darin die Erlaubnis erteilt, in den Gemeinschaftsräumen der Empfangsstellen und zu gewissen Zeiten seelsorgerlich tätig zu sein. Nach rund fünfjähriger Erfahrung regten die Kirchen bei einem Treffen mit Bundesamtsdirektor Jean-Daniel Gerber an, diesen «veralteten Duldungsvertrag» auf Grund des gewachsenen gegenseitigen Vertrauens durch eine «positiv formulierte Kooperationsvereinbarung» zu ersetzen. Eine paritätische Arbeitsgruppe Kirchen-BFF wurde mit der Ausarbeitung der neuen Vereinbarung betraut. Gleichzeitig deponierte der Rat des SEK den Vorschlag, die Seelsorge in

den Empfangsstellen des Bundes im revidierten Asylgesetz zu verankern.

### **Eine Vision von Diakonie in Europa**

1994 hatte die Konferenz Europäischer Kirchen KEK die «Bratislava-Erklärung» abgegeben, die Schritte «auf dem Weg zu einer Vision von Diakonie in Europa» formulierte. Sie war eine Anregung, sich an dem Prozess zur Entwicklung einer ökumenischen Diakoniecharta für Europa zu beteiligen.

Auf Einladung der KEK, der Kommission für Migration in Europa, Eurodiakonia und der europäischen Kontaktgruppe für städtische und industrielle Mission, nahm eine Delegation des



Diakoniekonferenz in Bern

Kirchenbundes im September an einer Nachfolgetagung zu Bratislava, dem «Europäischen Diakonieforum» in Finnland teil.

Im Mittelpunkt der Plenardiskussionen standen vier Themen:

- Migration und Mobilität
- Kirche und Diakonie in der Zivilgesellschaft
- Arbeit und Beschäftigung
- Lebensqualität: die Aufgabe der Diakonie im schwächer werdenden Sozialstaat.

Ein wesentliches Ergebnis der Tagung ist das Projekt «Europäische Diakonische Akademie», das der vernetzten diakonischen Ausbildung und dem



Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban

Erfahrungsaustausch unter den Kirchen dienen soll.

### **Antirassismus**

In den Jahren 2000 und 2001 war das Engagement der SEK-Menschenrechtsbeauftragten in der Eidgenössischen Kommission (EKR) und in der Europäischen Kirchenkommission für MigrantInnen (CCME) besonders gross. Es galt die Weltkonferenz gegen Rassismus, die Ende August/Anfang September 2001 in Durban stattfand, von der Schweiz und Europa aus zu begleiten und die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) dort zu vertreten. Dafür nahm sie für den SEK schon an der Europäischen Vor-

konferenz in Strassburg (Oktober 2000) teil, half bei der Organisation der nationalen Konferenz im März in Zürich mit und beteiligte sich an der Ausarbeitung der Stellungnahmen der beiden Organisationen. Diese Arbeit wird 2002 weitergehen. Im März 2002 wird die Eidgenössische Kommission wieder eine Tagung durchführen, die sich mit den gegenseitigen Bildern befassen wird, welche Weiße und Schwarze von einander haben. In Durban stand diese Frage im Zentrum der debattierten Problematik der Kompensation und Entschädigung für vergangenes Leid, das bis heute nachwirkt (Sklavenhandel und Kolonialismus).



---

**Bild Seite 61**

(oben von links nach rechts):

Ralf Pfaff, Cécile Uhlmann,  
Beatrice Bienz, Jacqueline Blaser,  
Ursula Klauser, Françoise Favre,  
Gerda Staub, Marlise Bianchi,  
Béatrice Friedli, Evelyne Schmutz  
und Ursula Baumgartner

## ABTEILUNG III: ZENTRALE DIENSTE



### **Stiftung Pfarrsolidaritätsfonds**

Die Vermögensrechte des 1976 vom Schweizerischen Reformierten Pfarrverein gegründeten Pfarrer-Solidaritätsfonds wurden 1977 aus steuerrechtlichen Gründen dem SEK übertragen. Nachdem ab 2001 Zuwendungen an Kirchen nicht mehr von den Steuern abgezogen werden können, musste für den Pfarrer-Solidaritätsfonds eine neue Lösung gefunden werden.

Rückwirkend auf den 1.1.2001 wurde deshalb die Stiftung Pfarrsolidaritätsfonds gegründet. Aufgaben und Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums blieben gleich, die bisher vom SEK geleistete Geschäftsführung

wird neu im Auftragsverhältnis wahrgenommen.

Der Stiftungsrat wird auf Auftrag des Pfarrvereins vom Rat des SEK gewählt. Die Jahresrechnung ist nicht mehr der Abgeordnetenversammlung SEK zu unterbreiten, Zuwendungen an die Stiftung sind von den Steuern absetzbar.

### **Stiftung zwingli zentrum Wildhaus**

Aus der 1927 beschlossenen nationalen Sammlung zum 400. Todestag von Huldrych Zwingli wurde in Wildhaus das Zwingliheim erstellt. Wegen der schlechten finanziellen Lage der Stiftung wurde die Liquidation der Stif-

tung beschlossen und die Liegenschaften per 1. November 1999 veräussert. Das verbleibende Kapital von rund CHF 500'000.– steht ab 2002 dem SEK als Zwinglifonds zur Verfügung. Gemäss AV-Beschluss soll der Fonds der Verbreitung des reformierten Kirchen-, Gemeinde- und Amtsverständnisses dienen.

### Urheberrecht

Der SEK schliesst für die Mitgliedkirchen und ihre Kirchgemeinden Urheberrechtsverträge ab. Damit wird die Benutzung von Musik, Ton- und Tonbildträgern und das Erstellen von Fotokopien geregelt.

Eine Studie des Schweizerischen Pastoralsoziologischen Instituts hat erstmals nicht nur Schätzungen, sondern etwas genauere Zahlen zur Verwendung von Musik in der Kirche ergeben. Aufgrund dieser Auswertungen und zäher, seitens der Kirchen oekumenisch geführter Verhandlungen mit SUIA und Swissperform, konnte eine neue Regelung gefunden werden. Demnach wird der laufende Tarif bis Ende 2002 verlängert, für die Jahre 2003 – 2007 gilt ein Ansatz von 10,5 Rappen für Urheberrechte und Verwandte Schutzrechte (bisher 7,1% nur für Urheberrechte). Die Schlussverhandlungen betreffend Vertrag zwi-

<b>Vertrag läuft bis</b>	<b>umfasst</b>	<b>Kosten 2001 CHF</b>
C 31.12.01	öffentliche Aufführungen von Musik an kirchlichen Veranstaltungen	200'903
7a + 7b 31.12.03	schulische Nutzung von Tonträgern und Tonbildträgern	5'272
8 31.12.01	Fotokopien	34'816
9 besteht noch nicht	Computer/Netzwerke	0

schen SEK und Verwertungsgesellschaften werden im Jahr 2002 stattfinden.

Betreffend Tarif 8 Fotokopien konnte ein neuer Vertrag bis 31.12.2006 ausgehandelt werden. Der neue Vertrag brachte für den SEK keine wesentlichen Änderungen und keine Mehrkosten.

Nach wie vor nicht geregelt ist der Tarif 9 Computer/Netzwerke, wobei dort für den SEK vor 2005 keine Kosten anfallen dürfen.

# JAHRESRECHNUNG

## Verwaltungsrechnung

	2001		2000	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF
Organe und Geschäftsleitung	1'436'876	33'000	1'326'005	60'922
Kirche und Ökumene	1'043'617	84'681	827'761	8'406
Kirche und Gesellschaft	1'350'148	128'767	1'295'658	102'863
Zentrale Dienste	1'566'954	5'748'964	1'800'457	5'639'997
Beiträge	570'817	0	581'295	0
Rückstellungen und Sonderrechnung	2'914'339	2'914'339	1'321'270	1'321'270
<b>Total</b>	<b>8'909'750</b>	<b>8'909'750</b>	<b>7'152'445</b>	<b>7'152'445</b>

## Bestandesrechnung

	31.12.2001		31.12.2000	
	Aktiven	Passiven	Aktiven	Passiven
	CHF	CHF	CHF	CHF
Finanzvermögen	7'842'037		7'302'394	
Verwaltungsvermögen	1		29'001	
Fremdkapital		1'043'515		532'439
Rückstellungen		2'537'419		1'392'150
Sonderrechnungen		801'535		822'651
Ausgeschiedene Kapitalien		2'688'434		3'822'361
Vermögen		761'794		780'781
Rechnungsergebnis		9'341		18'987
<b>Total</b>	<b>7'842'038</b>	<b>7'842'038</b>	<b>7'350'382</b>	<b>7'350'382</b>



---

## ÜBERWIESENE VORSTÖSSE

Gemäss AV-Reglement, Art. 33

- 1 Motion J.-J. Beljean (NE) und P. Jäggi (AG) betreffend **europäische Herausforderungen an den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund und seine Mitgliedkirchen** (AV 14.-16.6.1998):  
*Die Motion wurde in der Sommer-AV 1999 und 2000 teilweise beantwortet.*
- 2 Postulat des Evangelisch-reformierten Kirchenverbandes der Zentralschweiz betreffend **Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlung** (AV vom 1./2.11.1999)  
*In Bearbeitung.*
- 3 Postulat Reich/Strässler/Pestalozzi (ZH) betreffend **Härtefallkommission** (AV 18.-20.6.2000):  
*In Bearbeitung.*
- 4 Motion Pestalozzi und Mitunterzeichnete (ZH) betreffend **Hilfswerke, Missionen und Aussenbeziehungen SEK** (AV 30./1.10.2000):  
*In Bearbeitung.*
- 5 Motion de l'Eglise protestante de Genève betreffend **Anpassung des Schlüssels für Mitgliederbeiträge** (AV 30./31.10.2000):  
*Die Motion wurde an der Sommer-AV teilweise beantwortet.*
- 6 Postulat Frei (ZH) und Mitunterzeichnete **Für einen Religionsartikel in der Bundesverfassung** (AV 17. – 19.6.2001):  
*In Bearbeitung.*
- 7 Motion de Roche (FR) und Mitunterzeichnete betreffend **Migrationspolitik** (AV 12.11.2001):  
*In Bearbeitung.*

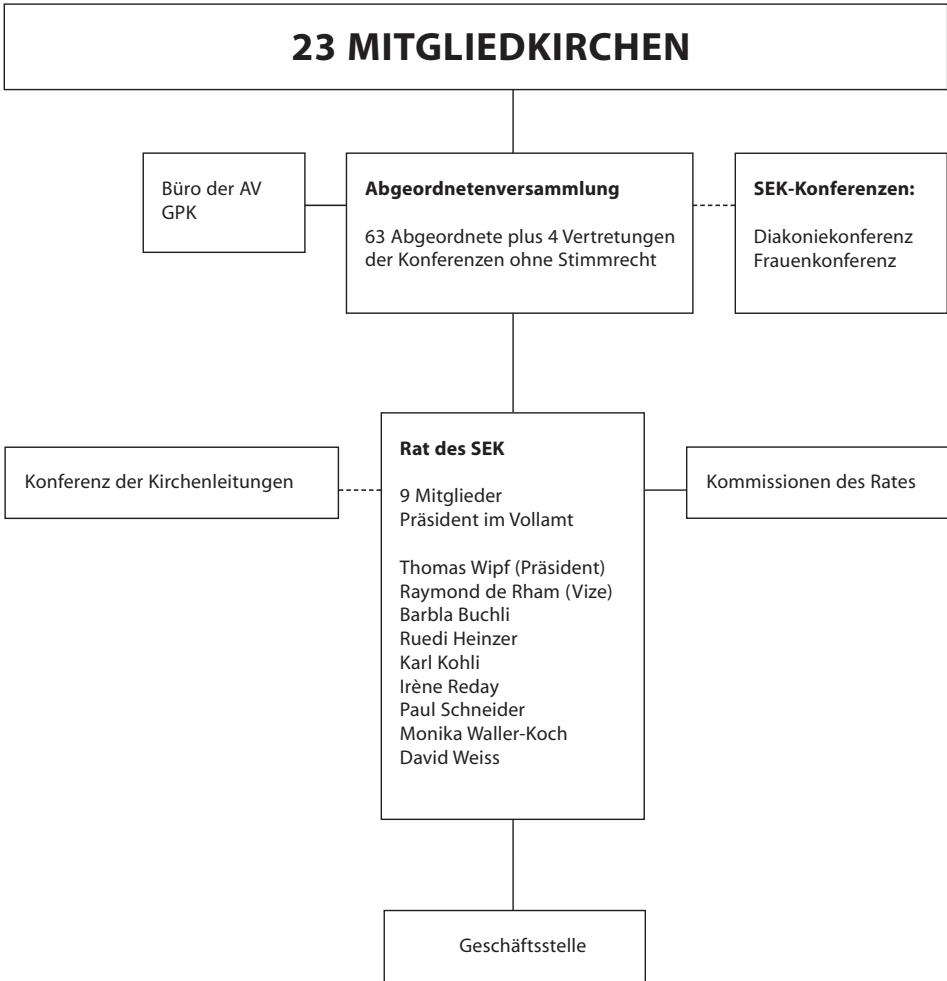
---

## SEK-STELLUNGNAHMEN 2001

23. Januar Für eine menschenwürdige Weltwirtschaftsordnung eintreten
29. Januar SEK im neuen Jahr mit neuer Homepage
30. Januar SEK-Ökumenebeauftragter ins ÖRK-Zentralkomitee gewählt
16. Februar Zum Tod von Andreas Hostettler: Brillanter Journalist und engagierter Mensch
16. Februar SEK-Informationsbeauftragter Andreas Hostettler nach schwerer Krankheit gestorben
15. März SEK-Rat protestiert gegen Bombardierungen im Sudan
28. März SEK-Rat kritisiert Hinrichtungsspektakel
10. April SEK-Rat hält an einem Religionsartikel in der Bundesverfassung fest
24. April Zeitgemässe Verfassungsbestimmung für Kirchen und Religionsgemeinschaften schaffen
8. Mai Soziale Sicherheit und Würde auch für die «working poor»
22. Mai Gleichgeschlechtlichkeit. Überlegungen und Gesprächsanstösse zu den Stellungnahmen der Evangelischen Kirchen der Schweiz
29. Mai Südafrikas Kirchen den Rücken stärken
10. Juni Der Rat des SEK zur Abschaffung des Bistumsartikels
18. Juni Irène Reday neues Mitglied des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes
18. Juni Rückenwind für den Religionsartikel
19. Juni Schlusscommuniqué der Sommer-Abgeordnetenversammlung 2001 in Montmirail NE
5. Juli SEK-Geschäftsstelle: Neue Führungs- und Abteilungsstruktur
1. September Schlussfeier Ökumenische Konsultation:  
«Dem Kaiser geben, was die Kirche denkt»

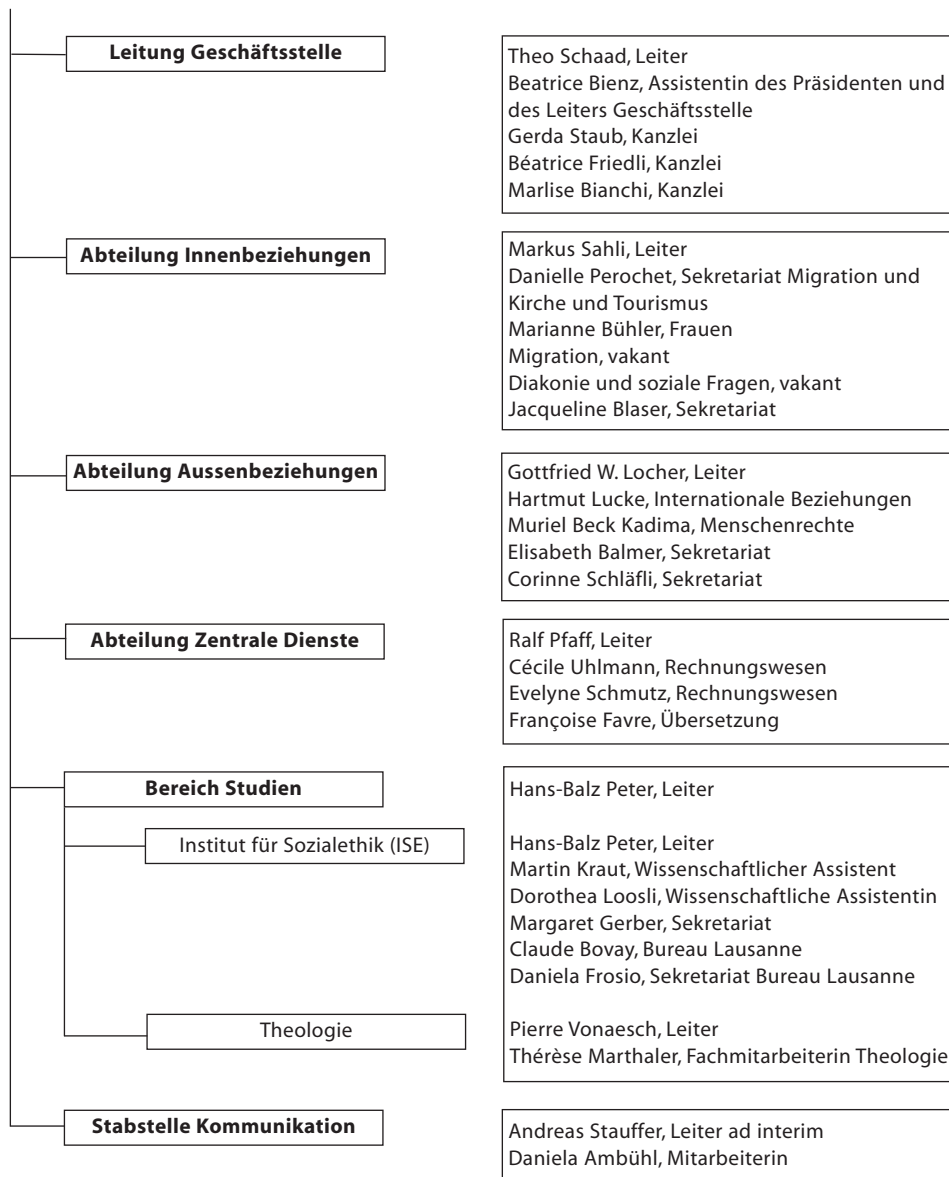
6. September Die Kirchen zum UNO-Beitritt
11. September Attentate in den Vereinigten Staaten
12. September Ökumenische Feier der Anteilnahme und des Mitgeföhls im Berner Münster
12. September Zahlreiche Persönlichkeiten an der ökumenischen Feier 17:30 Uhr im Berner Münster
20. September Solidarität mit dem neuen Südafrika
28. September Tiefes Mitleid für die Opfer des Amoklaufes im Zuger Parlament
29. September Aufruf zur Solidarität mit den Trauernden
30. September SEK-Delegation auf Einladung des südafrikanischen Kirchenrates (SACC) zu Besuch am Kap
17. Oktober US-Bombardierungen in Afghanistan:  
Militärische Interventionen kaum eine Lösung im Kampf gegen den Terrorismus
29. Oktober Bedeutende ökumenische Tagung in Bern
30. Oktober Der Rat des SEK zur Fristenregelung
13. November Herbst-Abgeordnetenversammlung des SEK
19. November Resolution der 4. Frauenkonferenz vom 19. November 2001  
Für einen zivilen Friedensdienst ZFD
26. November Die Landeskirchen zum Absturz der Crossair-Maschine bei Kloten
3. Dezember SEK zu Besuch bei deutscher Schwesterkirche
11. Dezember Aufruf zum Friedensgebet für Israel und Palästina

# ORGANIGRAMM DES SEK



# GLIEDERUNG DER GESCHÄFTSSTELLE

Seit dem 1. Oktober 2001



Die Abteilungs-, bzw. Bereichsleiter sind inhaltlich dem Rat verantwortlich. In administrativ/koodinativen Belangen halten sie sich an die Anordnungen des Leiters Geschäftsstelle.

---

## SEK-PUBLIKATIONEN/PUBLICATIONS FEPS

### REIHE ISE-TEXTE / SÉRIE TEXTES IES 2001

CHF

- 1/01 Ludin, W., Auswertung der Ökumenischen Konsultation. Berichterstattung in der Schweizerischen Kirchenzeitung, ISE / J&P: 2001, 7 S. gratis
- 2/01 Sterbehilfe in Altersheimen. Ethische Perspektiven, Beiträge zur Informations- und Koordinationstagung für Seelsorgende und andere kirchliche Verantwortliche (7. Juni 2001 in Bern), 2001, 53 S. 13.60
- 3/01 Assistance au suicide dans les maisons pour personnes âgées. Perspectives éthiques, Rencontre d'information et de coordination destinée aux pasteurs et autres collaborateurs des Eglises (Bern, 7 juin 2001), 2001, 52 p. 13.60
- 4/01 Peter, H.-B., Ökumenische Konsultation: «Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft»: Anfragen an die Innenpolitik, 2001, 25 S. gratis
- 5/01 Ökumenische Konsultation zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft der Schweiz: Beiträge zum Schlussakt (Heiliggeistkirche Bern, 1. September 2001), 2001, 14 S. gratis
- 6/01 Consultation oecuménique sur l'avenir social et économique de la Suisse: Interventions lors de l'Acte final (Eglise du St-Esprit, Berne, le 1<sup>er</sup> septembre 2001), 2001, 14 S. gratuit

**REIHE ISE-TEXTE / SÉRIE TEXTES IES 2001****CHF**

- 1/02 Vernehmlassung zur Revision des Tierschutzgesetzes.  
Stellungnahme des ISE, 2002, 3 S. gratis
- 2/02 Peter, H.-B., Ökumenische Konsultation «Wort der Kirchen:  
Miteinander in die Zukunft»: Familie und Familienpolitik,  
2002, 23 S.

**Ökumenische Konsultation**

(siehe auch ISE-Texte 4/01 und 2/02)

- ÖK 6 Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft, 2001, 108 S.  
(auch auf F und I erhältlich) 10.-
- ÖK 7 Werkheft zum Bettag 2001: Mut zum Aufbrechen,  
2001, 15 S. (auch auf F und I erhältlich) gratis
- ÖK 8 Ökumenische Bettagsbotschaft 2001. Mut zum Aufbrechen:  
«Miteinander in die Zukunft», 2001, 4 S.  
(auch auf F und I erhältlich) gratis

**Studien und Berichte**

- 57 Campiche, R.J., Religion? Défi pour les Eglises?  
  
2001, 92 S. 20.-

## Statistik der kirchlichen Amtshandlungen 2000

Mitgliedkirchen	Mitglieder 1.12.1990	Taufen				Konfirmationen			Trauungen			Bestat- tungen	Kirchen- eintritte	Kirchen- austritte
		Knaben	Mädchen	Erwachs.	Total	männl.	weibl.	Total	Evang.	Mischehen	Total			
Aargau	212 636	865	728	–	1 593	1 228	1 107	2 335	396	177	573	2 172	200	1 432
Appenzell AR/AI	31 206	148	103	–	251	189	178	367	45	33	78	382	30	134
Basel-Landschaft	117 247	453	483	8	944	558	639	1 197	128	149	277	1 146	134	557
Basel-Stadt	64 003	–	–	–	212	–	–	333	–	–	52	547	105	878
Bern-Jura	746 224	2 734	2 645	36	5 415	3 801	3 745	7 546	1 288	601	1 889	8 106	298	2 189
Freiburg	31 384	127	112	–	239	188	173	361	39	51	90	258	24	198
Genf EPG	85 585	160	154	42	356	49	75	124	85	87	172	908	–	–
Glarus	18 618	72	67	–	139	110	112	222	22	17	39	220	26	92
Graubünden	76 296	427	396	–	823	519	464	983	186	129	315	819	64	250
Luzern	42 670	154	123	1	278	196	210	406	20	43	63	363	36	189
Neuenburg	73 245	227	220	5	452	151	211	362	186	27	213	928	293	9
St. Gallen	134 035	541	528	12	1 081	786	698	1 484	113	129	242	1 332	104	657
Schaffhausen	40 616	142	143	2	287	188	195	383	66	27	93	512	41	216
Solothurn	34 781	120	137	–	257	196	184	380	24	36	60	316	31	369
Tessin	20 527	28	29	1	58	28	40	68	11	25	36	166	90	18
Thurgau	103 405	466	452	21	939	665	662	1 327	164	109	273	1 144	106	501
Waadt	280 618	706	656	15	1 377	683	752	1 435	696	137	833	2 896	–	–
Wallis	13 741	28	27	–	55	36	34	70	13	24	37	133	–	–
Zug	15 830	70	86	–	156	73	78	151	7	13	20	124	35	71
Zürich	583 624	1 931	1 843	18	3 792	2 370	2 314	4 684	695	528	1 223	6 274	220	3 055
EKZ (ohne Zug)	21 530	115	113	–	228	117	125	242	23	30	53	182	38	113
Genf, EELG	800	–	–	6	6	–	–	–	10	–	10	5	13	17
Ev.-meth. Kirche	10 101	40	36	34	110	–	–	–	53	13	66	239	101	163
	2 758 722													
Total 2000					19 048			24 460			6 707	29 172	1 989	11 108
Total 1999					19 813			25 073			7 315	29 563	1 978	11 419

Quelle: MItgliedkirchen



---

## INSTITUTIONEN UND DIENSTE

### Liste der Institutionen und Dienste mit einem eigenen Jahresbericht, die mit dem SEK verbunden sind:

- Vorstand der Evangelische Hilfswerke und Missionen (EHM-Vst)
- Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)
- Brot für alle (BFA)
- Département missionnaire des Eglises protestantes de Suisse romande (DM Echange et Mission)
- mission 21 (M21)
- Schweizerischer Evangelischer Missionsrat (SEMR)
- Stiftung Pfarrsolidaritätsfonds (SF)
- fondia - Stiftung zur Förderung der Gemeindediakonie im SEK
- Schweizerische Reformationstiftung (SRS)
- Schweizerische Bibelgesellschaft (SB)
- Evangelischer Frauenbund der Schweiz (EFS)
- Schweizerische Evangelische Frauenhilfe (SEF)
- Schweizerischer Protestantischer Volksbund (SPV)
- Reformierte Medien (RM)
- Office protestant des communications audiovisuelles (OPCA)
- Commissione per le trasmissioni evangeliche radio e TV della Svizzera italiana
- Schweizerischer Reformierter Pfarrverein (SRPV)
- Département romand des ministères diaconaux (DRMD)
- Deutschschweizerische Arbeitsgemeinschaft der sozialdiakonischen Mitarbeitenden in evangelischen Kirchgemeinden (SAG)
- Centres sociaux protestants (CSP)
- Diakonieverband Schweiz (DVS)
- Schweizerischer Sonntagschulverband (SSV)

- Vereinigung protestantisch-kirchlicher Hilfsvereine der Schweiz (VPKHV)
- Schweizerische Vereinigung für evangelisches Kirchenrecht
- Ökumenischer Jugenddienst Schweiz (OJS)
- Verein für Liturgie und Gesangbuch
- Ökumenische Vereinigung der Tagungszentren in der Schweiz (ÖVTS)

---

# KOMMISSIONEN UND ARBEITSGRUPPEN

## **Innenbeziehungen**

Ausschuss Diakoniekonferenz  
Ausschuss Frauenkonferenz  
Ausschuss Fonds für Frauenarbeit  
Migrationskommission  
Kommission «Kirche und Tourismus»

## **Aussenbeziehungen**

Kommission für Schweizer Kirchen im Ausland (CHKiA)  
Menschenrechtskommission  
Kommission für Partnerschaft und Aussenbeziehungen (KPA)  
Regionalgruppen: Osteuropa  
Naher Osten  
Südliches Afrika  
Lateinamerika  
Süd-Pazifik  
Indonesien, Malaysia, Philippinen  
Japan und Korea  
Ökumenischer Arbeitskreis Schweiz-China  
Evangelisch/römisch-katholische Gesprächskommission (ERGK)  
Evangelisch/orthodoxe Gesprächskommission (EOGK)  
Ökumenische Arbeitsgruppe «Neue religiöse Bewegung in der Schweiz»

## **Studien**

Kommission für das Institut für Sozialethik  
ISE-Arbeitsgruppe Europa  
Pfarrerweiterungskommission  
Konferenz der evangelischen Liturgiekommissionen  
Arbeitsgruppe Ordinationsliturgien  
Arbeitsgruppe «Parole faite corps»  
Evangelisch/jüdische Arbeitsgruppe

